

III C 107

Noch einmal:

# „Die Partei Bismarck sans phrase.“

Bildung der Partei

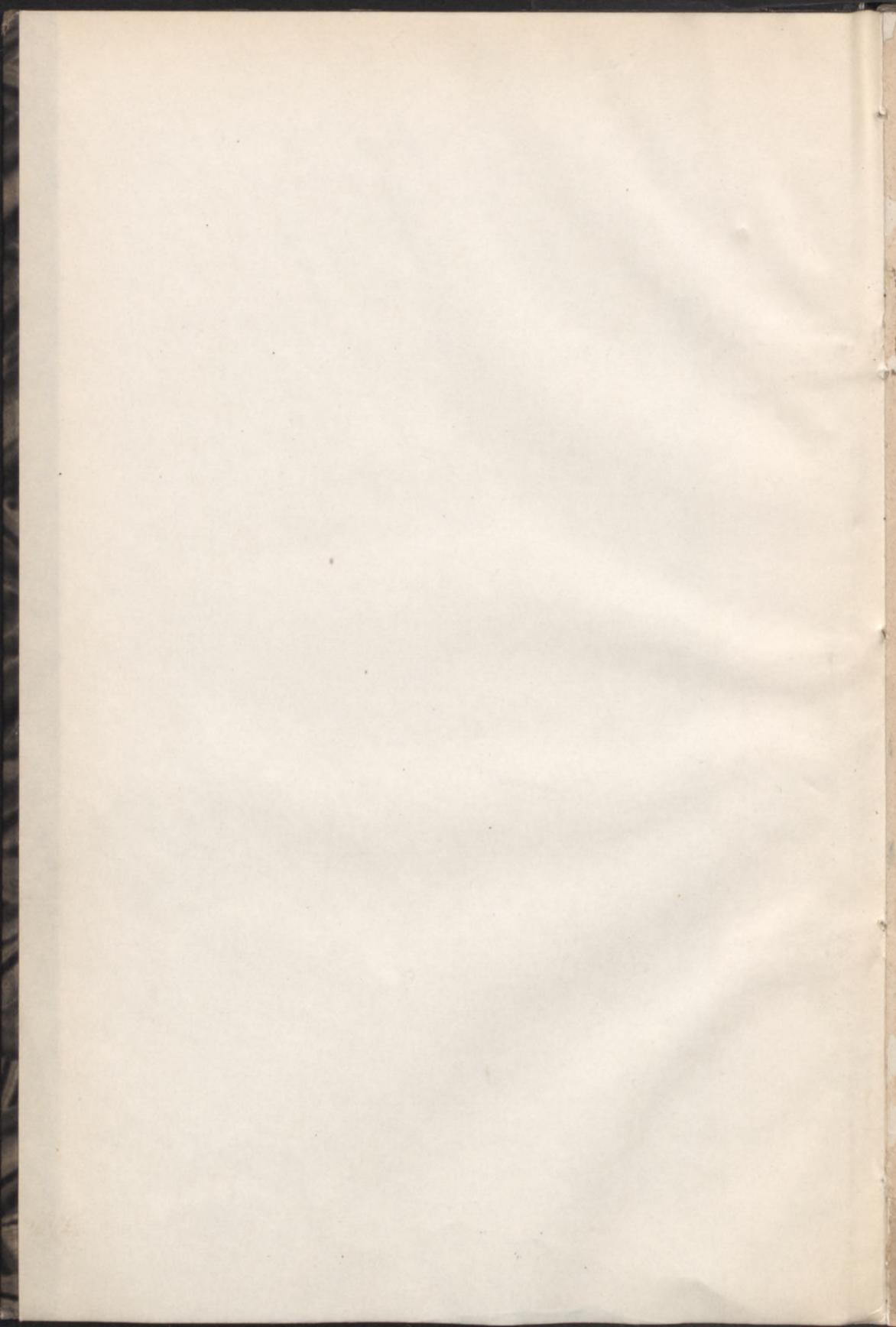
unter Führung des Reichs und des Reiches nach Bismarck im  
Verhältnis zum Reich mit Beispielen der 1870er Jahre

Verlag von Richard-Verlag

August 1963

Verlag von Richard-Verlag, Leipzig

Richard-Verlag  
Leipzig  
Richard-Verlag  
Leipzig



II C 109

Noch einmal:

# „Die Partei Bismarck sans phrase.“

Beleuchtung und Würdigung  
meiner gegnerischen Kritiker und ihrer Kritiken nebst Vergleich der  
Declaranten der 1850<sup>er</sup> mit denjenigen der 1870<sup>er</sup> Jahre.

Von

Freiherrn von Feschenbach-Laudenbach.

*Jan Sosnowski.*

*Stawra.*

Augsburg 1885.

Verlag des Literarischen Instituts von Dr. M. Guttler.

Reichsarchiv Danzig  
Zweigstelle Bromberg

*Zy. 668/41*

Dep. 1828/69



## Vorwort.

**K**urz nachdem bekannt geworden war, in welcher Weise die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Broschüre: „Gouvernemental und Conservativ oder die Partei Bismarck sans phrase“ zu kritisiren beliebte, liefen auch schon Zuschriften bei mir ein, welche alle sehr wenig Schmeichelhaftes über das genannte Blatt enthielten. Diese Schreiben mehrten sich von Tag zu Tag und legten mir gewissermaßen die Verpflichtung auf, auch der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Antwort nicht schuldig zu bleiben. Kurz nachdem ich den Artikel in der Morgenausgabe Nr. 89 gelesen, war die Antwort auch schon fertig; doch glaubte ich, daß bezüglich der Auffassung, die meine Broschüre in bestimmten Kreisen und, wie man mir mittheilte, auch in manchen officiellen gefunden, es angezeigt sein dürfte, nicht sowohl der „Norddeutschen“ auf ihre sinnigen Sentenzen zu antworten, sondern auch im Allgemeinen und Einzelnen die Broschüre vor besangenen, leichtfertigen und unverständigen Urtheilen insoferne sicher zu stellen, daß man ihr einen entsprechenden Präcedenzfall als Folie gäbe. Das ist geschehen, und wer mich ferner noch einen „revolutionären“ Junker nennen will, der ist gezwungen, dieses Epitheton auch für Herrn Otto von Bismarck-Schönhausen gelten zu lassen. Ich trete in aller Bescheidenheit zurück und erkenne gern an, daß „Junker Bismarck“ **weit mehr** gethan als ich und ihm auch **hier** der Vortritt gebührt.

---

Die Broschüre liegt bereits seit sechs Wochen im ersten Manuscripte fertig da; aber die laufenden Arbeiten vermehrten sich gerade in der letzten Zeit so außerordentlich, daß ich absolut nicht früher an die Durcharbeitung kommen und sie auch jetzt nicht mit **der** Gründlichkeit besorgen konnte, die mir lieb gewesen wäre. Ob die Broschüre post festum

kommt? Ich glaube es nicht, und schon deshalb nicht, weil sie historische Commentare zu den Werken und Wirkungen des Herrn Kanzlers bringt. — Obgleich das Vorwort nach dem „ersten“ April geschrieben ist, lasse ich mich über die langen Präludien der „Feier“ und über sie selbst nicht aus, und zwar aus ganz bestimmter Rücksicht für den Fürsten Bismarck. Es ginge nicht wohl an, Vorkommnisse und **Umstände** unerwähnt zu lassen, die, mag man sie wenden und drehen, wie man will, keineswegs vortheilhaft für den Subilar sein können, und die wir in seinem persönlichen und in seiner Politik Interesse nur beklagen können. Die Consequenzen werden leider nicht ausbleiben, wir sehen bereits die Complicationen, aus welchen sie sich ergeben werden, ziemlich deutlich. — Die Consequenzen jener Vorkommnisse und Umstände werden den Herrn Kanzler lange überleben, sie werden sich vielleicht am stärksten bei seinen Nachkommen fühlbar machen. — — — — —

Am Schlusse des Vorwortes soll nicht unerwähnt bleiben, daß ich mich nur gegen die Kritiken der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Post“ wende, während ich aus gleich zu nennenden Gründen es unterließ, meine Antworten für die „Kreuzzeitung“, „Allgem. conserv. Monatschrift“ 2c. 2c., welche ich auf deren abfällige Urtheile oder Angriffe gegeben, hier zu reproduziren. Die beiden vorstehend genannten Preßerzeugnisse betrachte ich nämlich eben nicht als feindliche Organe, sondern nehme immer noch sehr gerne an, daß sie von Freunden ausgehen, die theils etwas zu zaghaft, theils irre geleitet sind, aber unter allen Verhältnissen nur bona fide handeln. Es kann nicht im conservativen Interesse liegen, eine stattgefundene und abgeschlossene Polemik wieder aufzufrischen, und deshalb unterließ ich es, meine früheren Antworten nebst entsprechenden Commentaren hier wiederzugeben. Der nachsichtige Leser wolle sich mit den Themas begnügen, welche ich auf Anregung der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ und der „Post“ zu ventiliren hatte.

Dresden, den 22. April 1885.

## I. Abschnitt.

### An die Adresse der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und ihrer Hintermänner.

**V**or ich auf die Anschuldigungen genannten Blattes in der Morgen-Ausgabe Nr. 89, 1885, durch welche ich zum „Vertreter jenes **revolu-**tionären **Zunferthums**“, welches nach dem Crachten der „Nordd. Allgem. Zeitung“ und ihrer Hintermänner „der wahrhaft conservativen Richtung ebenso fernsteht wie irgend eine der anarchischen Parteien“, speziell eingehe, dürfte es in Anbetracht der nicht zu unterschätzenden symptomatischen Bedeutung des Artikels angezeigt sein, einige einleitende Worte voranzuschicken.

Der Herr Reichskanzler hat in der Reichstags-Sitzung des 15. Dezember v. J. sich veranlaßt gesehen, dem socialdemokratischen Abgeordneten Herrn v. Bollmar Lehren in Betreff des „guten Tones“ zu geben und ihn hierbei an das »noblesse oblige« erinnert. Wenn nun auch der Herr Kanzler wiederholt erklärte, daß er in keinen Beziehungen zu der „Nordd. Allgem. Zeitung“ stehe, daß sie somit weder ein offizielles noch ein offiziböses Blatt sei, so hat man zwar in Anbetracht der sehr bestimmten Erklärungen des Fürsten Bismarck kein Recht mehr, ihn als „Hintermann“ der „Norddeutschen“ zu betrachten, wie es „irrhümlicher“ Weise gleichwohl von Zeit zu Zeit geschieht; aber aus diesem Grunde darf man auch um so eher erwarten, daß dieses Blatt, wenn es in seinen Anmaßungen so weit geht: sich trotz der ihm öfter zu Theil gewordenen Verleugnungen seines offziellen Charakters, **dann** um so sicherer desavouirt wird, wenn es gerade bei Aburtheilungen sehr weit gehender Consequenzen, sowie auch bei Urtheilen, welche die schwersten Anschuldigungen als Grundlage besitzen, sich in der auffälligsten Weise als ein offizielles oder doch wenigstens offiziböses Organ gerirt. Ich drücke somit hier öffentlich die Bitte aus, und darf in Rücksicht auf die unqualifizirbaren Beschuldigungen, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen mich erhob, es wohl auch erwarten, daß Fürst Bismarck der falschen

Annahme: es sei der betreffende Artikel aus einer offiziösen Feder geflossen, in irgend einer Weise entgentreten läßt. Ich würde mich schwer gegen den Fürsten verfehlen, wenn ich ihn auch nur in der allerentferntesten Art in irgend welche Beziehung zu dem inkriminirten Artikel bringen wollte. Es ist schlechterdings unmöglich, daß der Herr Kanzler von dem boshaften Blödsinn, der in den angeführten Behauptungen dieses „verlogensten“ Blattes kulminirt, etwas gewußt hat, und gerade so unmöglich ist es, daß sie seinen Intentionen nahe stehen. Ich weise deshalb entschieden alle jene Annahmen als eine schwere Beschuldigung des Herrn Kanzlers zurück und bitte nochmals Hochdenjelben, mich hierbei unterstützen zu wollen.

Die Gelegenheiten für den bekannten Klageruf: „Gott schütze mich vor meinen Freunden, mit meinen Feinden will ich schon selbst fertig werden“, sind dem Herrn Kanzler schon überreich geworden, und zwar in einer Weise, daß er fast für derlei „Freundschaftsdienste“ etwas abgestumpft zu sein scheint. Wenn nun auch in Folge der vielen Gelegenheiten, bei welchen eine Abweisung solcher Freundschaftsdienste äußerst nahe liegt, manche übersehen werden und die „Norddeutsche“ ihren edlen Anlagen gemäß hierdurch immer fecker wird, so sollte sie doch wenigstens so viel kritischen Verstand besitzen, um einzusehen, daß sie in der von ihr beliebten Manier keineswegs im Stande ist, dem Herrn Kanzler zu dienen. Die Philippika, welche Fürst Bismarck an Herrn v. Vollmar richten zu müssen glaubte, um ihn auf den nöthigen guten Ton aufmerksam zu machen, hätte auf die „Norddeutsche“ immerhin einigen Eindruck machen sollen, denn es scheint mir ganz unzweifelhaft, daß sie derartige Lektionen sehr nöthig hat. Was ihr an Geist und guten Gründen abgeht, das sucht sie durch Grobheit, durch vollkommen willkürliche Behauptungen und selbst durch Lügen zu ersetzen, welche den Stempel bornirter Frechheit tragen. Das Blatt „duftet“ allzu sehr nach den unsauberen Lagern, von welchen seine Mittel stammen. Es genügt nicht allein, ein „freiwillig“ gouvernementales Blatt sein zu wollen, sondern man ist auch darauf angewiesen, es in einer Weise zu sein, die nicht kompromittirend für diejenigen Seiten wird, denen man doch dienen will. Es kann nur in den Interessen des Herrn Reichskanzlers liegen, wieder einmal sich energisch vor der zudringlichen Art zu wehren, mit welcher die „Norddeutsche“ sich wenigstens als ein offiziöses Blatt zur Geltung bringen will.

Nachdem diese klärenden Worte vorausgeschickt sind, will ich mich nunmehr direkt mit den Beschuldigungen befassen, welche die „Norddeutsche“ mit ihren Hintermännern gegen mich zu schleudern gewagt hat.

Der Betreter des „revolutionären Sinkertums“, welches nach der Meinung gewisser Leute der „wahrhaft konservativen Richtung ebenso fern steht, wie irgend eine der anarchischen Parteien und gleich letztere eine Gefährdung der monarchischen Institutionen involvirt“, schrieb Ende des Jahres 1878 in dem Vorworte seines Buches: „Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwicklung der Socialdemokratie“, wie folgt:

„Möge das Buch in dem Sinne aufgenommen werden, in dem es geschrieben wurde. Die Erhaltung des deutschen Reiches, die Kräftigung des religiösen und nationalen Bewußtseins, die Vertiefung des Vertrauens und der Liebe zu unserem Heldenkaiser, das ist sein Zweck.“

Der durch die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ proscribirt Sinkert schließt das Buch mit folgenden Worten:

„Ich schließe das Buch mit dem heißesten Wunsche, daß es Gott dem Herrn gefallen möge, unseren inniggeliebten, ehrfurchtsvollst verehrten Kaiser noch die Früchte der angebrochenen Bewegung des Deutschen Volkes schauen zu lassen, damit sich die treuen Augen in Ruhe schließen können.“

Der „Proscribirt“ schloß sein im Mai 1880 verfaßtes „Promemoria\*“) zur Sammlung aller christlich-konservativer Partei-Gruppen auf der Basis eines gemeinschaftlichen social-politischen Programmes“ mit nachstehenden Worten:

„Wollen deutsche, christlich gesinnte Männer zu einem gemeinsamen Handeln sich vereinigen, um ihre Familien und ihr Eigenthum zu schützen, um ihrem Vaterlande das Christenthum und die Throne zu erhalten, so müssen alle sonstigen Rücksichten und Fragen zurückstehen, denn diesen Palladien ist nur ganz zu dienen, wenn man sich nicht zum Mitschuldigen ihres Verfalles machen will.“

„Ohne geistige und materielle Opfer zu bringen, läßt sich das große Reformwerk nicht vollenden. Wie die Natur nichts ohne Arbeit liefert, so sind auch politische Erfolge nicht ohne sie zu erreichen.“

„Billiger werden Sie es nie haben.“

Der „Geächtete“ schloß seine Broschüre\*\*): „Ein Beitrag zur Lohn- und Arbeiterfrage“, welche er im Februar 1882 schrieb, mit folgenden Worten:

„Die Bekämpfung der destruktiven Bewegung, mag sie nun von Leuten in der Blause oder von solchen im Frack, mag sie vom Tische

\*) Verlag des Literarischen Instituts von Dr. Max Huttler. — — Der Verfasser durfte das Promemoria Sr. Majestät dem Kaiser unterbreiten und erhielt aus Gastein den 23. Juli 1880 ein allerhöchstes Dankschreiben. (Nr. 20,249).

\*\*) Puttkammer und Mühlbrecht. Berlin, 1882.

einer Arbeiter-Herberge oder von der Höhe eines Katheders herab betrieben werden, von Leuten, die man überreich zu nennen hat, oder von solchen, welche bisher vergeblich die natürliche Lohnhöhe angestrebt haben, kann sicher und durchgreifend nur auf **dem Wege der neuen Vermögens-Bildungen erfolgen**. Nur auf diesem Wege wird das „socialle Königthum“ zur Wahrheit und gelangt zu der ganzen Machtentfaltung seiner immensen Kraft und Bedeutung. Vor ihm zerstäubt der moderne Liberalismus gleich einer vermoderten Leiche, die dem frischen Windzuge ausgefetzt wird. **„Treue dem König, Hoch dem König“ wird es aus Millionen Kehlen schallen, die jetzt noch der Hunger oder der Gram zusammenzieht**. Das „Königthum von Gottes Gnaden“ wird gleich der Sonne leuchten, die sich mit Macht durch die dunklen Wolkenmassen einer Unheil verkündenden Gewitterluft durchgebrochen hat. Die nie wankende und nie versiegbare Macht des socialen Königthums von Gottes Gnaden war nur eine Zeit lang dem Treiben der dunklen und über die eigenen Ziel uneinigen und unklaren Mächte gegenüber latent; aber wie Deutschland durch Kaiser Wilhelm und durch Höchstdeffen mächtigen Berather seine politische Auferstehung feiern konnte, so wird es auch in socialer und wirthschaftlicher Beziehung seine Auferstehung halten und den Staub seiner socialen Erniederung von sich schütteln, mit dem es unter der Knechtschaft des internationalen Kapitalismus bedeckt wurde. Die Macht der „Geldmächtigen“, die diese niemals zum gemeinsamen Wohle verwendet haben und sehr oft, ja selbst fast durchgehends auf die rücksichtsloseste Weise errangen, auf eine Weise, welche viele heutige Millionäre in das Zuchthaus gebracht hätte, wenn unsere Gesetze schon der Praxis\*) des modernen Bereicherungsverfahrens angepaßt wären, — diese im höchsten Grade unmoralische, wie gemeinschädliche Macht, welche die ganze Gesellschaft in einer fortwährenden revolutionären Bewegung hält, sie muß gebrochen werden, sonst bleiben alle socialen und wirthschaftlichen Reformversuche ohne Erfolg und haben keine andere Bedeutung, als die einer nutzlosen und doch sehr gefährlichen Spielerei.“

Und wieder der „Geächtete“ schrieb anno 1884 in der Einleitung seines Buches:\*\*) „Der fünfte Stand und die Regierungen“, wie folgt:  
 „Der Werdeprozeß der neuen Zeit läßt sich weder mit Erfolg ignoriren, noch schlechterdings bekämpfen; er läßt sich nur reguliren und

\*) „Ginst bildete das Vermögen der Privatleute den öffentlichen Schatz, jetzt aber wird der öffentliche Schatz zum Erbtheil und Eigenthum der Privatleute.“  
 Montesquieu: „Geist der Gesetze“, 3. Buch, 3. Kap.

\*\*) Ebendasselbst. 1884.

dahin leiten, daß er sich auf den Fundamenten unserer socialen und staatlichen Ordnung weiterbildet, um auf diese Weise einen geregelten, gesetzlichen Verlauf zu nehmen, den man in der Geschichte als normale Entwicklung formaler, materieller und geistiger Bedürfnisse bezeichnet. Bei solchen gigantischen Entwicklungen des geistigen und materiellen Lebens, wie sie der Werdeprozeß einer neuen Zeit umfaßt, ist nicht nur dem religiösen Glaubenselemente die schönste Probe\*) für seine immanenten Kräfte gegeben, sondern auch der Herren Staatsmänner, Staatsrechtslehrer und der soi disant National-Ökonomen harret sie in ähnlicher Weise. Nicht minder haben gerade in solchen Zeiten die Conservativen zu beweisen, ob ihnen der Geist des concreten wahren Conservatismus verständlich ist, ob sie von ihm durchdrungen, ihre Aufgabe begreifen und im Stande sein werden, über einen obsolet gewordenen Schematismus hinwegzuschreiten, um den conservativen Geist auch in neue Verhältnisse und Formen zu tragen, die er fortan zu beleben und zu fructificiren hat.

„Die Zeit der ruhigen, angenehmen Beschaulichkeit ist vorüber, die der Thaten ist angebrochen, und nur der denkfaule Philister, die Automaten mit warmem Blute oder der cynische Egoist kann eine Epoche bedauern, in welcher sich das Bewußtsein für concrete Rechts- und Gleichgewichtsverhältnisse zu einer socialen und politischen Macht erhebt, welche für viele Jahrhunderte das Leben der Völker, wie die Institutionen der Staaten beherrschen wird. Es kommt eine andere Zeit, ja! sie ist bereits angebrochen; sehen wir, daß unsere Grundsätze in ihr Aufnahme finden, daß sie sich bewähren und zur Leitung gelangen, denn dann erst haben wir conservative „Politik“ getrieben.“

Er schließt dieselbe mit den Worten:

„Vorüber aber auch nirgends nur die kleinsten Abweichungen stattfinden, das ist die höchste Verehrung und Liebe für unsern Kaiser und das unerschütterliche Festhalten am deutschen Reiche, das sind die Verlangen: durch weise, energische Reformen Licht und Schatten richtig zu vertheilen, die absolut nöthigen socialen und wirtschaftlichen Gleichgewichtsverhältnisse wieder anzubahnen, die ehrliche und mühevollte Arbeit zu schützen und ihr die Möglichkeit wieder zu gewähren: ein Arbeitseinkommen zu gewinnen, das unter Beobachtung der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit nicht allein den absolut nöthigen Lebensunterhalt deckt, sondern auch völlig hinreichend ist, um kleine und mittlere Vermögen entstehen

\*) Man beendige thatsächlich den Culturkampf und gebe den geistlichen Gewalten die Freiheiten für ihre Wirkungskreise zurück, dann wird das Glaubenselement seine Probe mit der ihm eigenen Macht zum Wohle der Staaten und Völker bestehen.

zu lassen, das sind ferner die Verlangen: den Charakter des christlichen Staates durch alle Emanationen der Regierungen klar und außer Zweifel zu stellen; es sind die Verlangen: durch einen Causalzusammenhang aller zu ergreifenden Mittel eben dem Staatszweck gerecht zu werden, den Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 9. Januar 1881 in anerkennenswerther Weise durch die Worte pointirte: daß auch die Herstellung eines höheren Maßes von Zufriedenheit aller Staatsangehörigen als solcher zu betrachten sei. Wenn meine Broschüre zur Anregung dieser Verlangen beiträgt, sie bestärkt, und wenn es meinen ununterbrochenen Bemühungen auch nur einigermaßen gelingen sollte, alle wahrhaft staats-erhaltenden Kräfte zu einem gemeinsamen, zielbewußten Wirken zu vereinigen\*), so ist in erster Linie mein Zweck erreicht, denn die Resultate eines solchen Zusammenwirkens werden in dem Abnehmen der socialen Gefahren und im Zunehmen des Vertrauens und der Zufriedenheit des deutschen Volkes zu erkennen sein, wodurch auch in der concretesten Weise den heißen Wünschen unseres Kaisers am besten entsprochen wird, die in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881 enthalten sind und lauten:

„Wir würden mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott unsere Regierung sichtbarlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaften seines inneren Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Beistandes, auf die sie Anspruch haben, zu hinterlassen.“ —

„Auch diese Arbeit soll mit den Worten geschlossen werden: **Mit Gott, für Kaiser, Reich und Recht!**“

„Laudenbach, den 31. December. 1883.“

Diesen Citationen noch Commentare beizufügen, halte ich für unnöthig, da sie, wie sie auch lauten möchten, den Eindruck derselben nicht erhöhen würden. Wenn nun für jeden ehrlichen und denkfähigen Menschen außer allem Zweifel steht, daß in meinen sämtlichen Arbeiten das ununterbrochene Bestreben ersichtlich ist: staats- und gesellschaftserhaltend zu wirken, — die Treue und Liebe für meinen angestammten König und Herrn, sowie für Kaiser und Reich eigens zu versichern, halte ich von meinem Standpunkte aus für gerade so überflüssig, als wollte ich meine Eigenschaft als Bürger des deutschen Reiches bekräftigen — so könnte nach den Anschuldigungen, welche die „Norddeutsche Allgemeine

\*) „In der Sammlung und richtigen Benutzung der Kräfte liegt das Geheimniß der Erfolge.“

Zeitung“ gegen mich erhob, nur hervorgehen, daß ich, wenn auch nicht schon „seit einigen Jahren“, wie das Blatt behauptet, sondern im Jahre 1885, der „Vertreter des revolutionären Junkerthums, das der wahrhaft conservativen Richtung ebenso fern steht, wie irgend eine der anarchischen Parteien“, geworden sei. — — —

Für Alle, welche die genannte Broschüre gelesen, brauche ich keine Worte, um die blödsinnige Bosheit, die in den Anschuldigungen der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ und ihrer Hintermänner liegt, zu kennzeichnen, denn der einfache Wortlaut der Broschüre weist auch ohne Commentare das mehr als bedientenhafte oder bereits „frankhafte“ Unterfangen zurück, das die „Gouvernementalen“ der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ gegen mich gewagt haben. — Bei den folgenden Auseinandersetzungen glaube ich wieder am richtigsten zu handeln, wenn ich die Broschüre selbst sprechen lasse, woraus am klarsten ersichtlich wird, daß die „Norddeutsche“ gar nicht in Bezug auf jene ihre Beschuldigungen aussprechen konnte. Es wird bewiesen werden, daß ihre Verdikte auf den Inhalt der Broschüre so wenig passen, als auf denjenigen meiner früheren Arbeiten oder auf mein Auftreten überhaupt. Was man mir von Seiten der bekannten Lafaien und „Hofnarren“ des Herrn Kanzlers, von den ebenfalls nicht minder bekannten „hilfesuchenden Strebern“ oder von entschieden geisteskranken Leuten zu supponiren sucht, existirt nicht, und so tritt die Frage in den Vordergrund: **was** konnte jene Leute veranlassen, die notorischen Lügen gegen mich zu schleudern? — —

Da ihre Beschuldigungen sich vollständig als unwahr erwiesen haben, so kann nur noch angenommen werden, daß sie den wahren Grund ihres Zornes nicht zu nennen wagen, und um diesen dennoch äußern zu können, eben zu Anschuldigungen griffen, welche unwahr sind. Meine Freunde kennen mit mir diese Leute trotz der Larven, die sie vorhalten, sehr genau; wir erblicken auch jene Hintermänner jenseits der spanischen Wand des Redaktionstisches der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“. Wir wissen ganz gut, **was** sie so reizte, und wollen auch hier nicht mit der Erklärung zurückhalten, daß unser Patriotismus nie mals auf das Niveau eines schmähslichen Personen-Kultus herabsinken oder sich von Interessen bestimmen lassen wird, welche mit den Pflichten und Gefühlen eines Patrioten nicht nur nichts gemein haben, sondern selbst sehr oft mit ihnen collidiren müssen. War ich diesen Herren noch nicht deutlich genug, so kann der Fehler sehr leicht verbessert werden; für jetzt will ich aber direkt auf die Broschüre eingehen und die „vorgelichen Gründe“ der „Ent-rüsteten“ näher beleuchten. Im Vorworte der zweiten Auflage sagte ich:

„Den in der Broschüre gestellten Fragen an die Adresse des Fürsten Bismarck möchte ich hier noch **die** anreihen, ob wohl der Fürst schon die Frage in dem ganzen Umfange ihrer immensen Bedeutung erwogen hat, die in dem Augenblick „brennend“ wird, als er die Augen schließt?

„Ein Mann, der bereits über ein gewöhnliches Menschenalter hinaus einem Staate dient, dann an die Spitze desselben und später sogar an die eines Reiches gestellt wurde, der in treuester Hingabe für seinen Monarchen und zur Wohlfahrt einer großen Nation seine besten Kräfte stets geopfert hat, der muß sich schon die Fragen vorgelegt haben: Wie wird es wohl nach meinem Tode werden? Welche Erbschaften hinterlasse ich meinen Nachfolgern? Welche Grundlagen habe ich geschaffen, und welche Bürgschaften für Ruhe, Ordnung und Zufriedenheit werde ich hinterlassen? Ein Mann, der wie Fürst Bismarck gelebt und gewirkt hat, dessen Tod hat eine Bedeutung! die wohl am besten noch während seines Lebens erwogen werden dürfte, und zwar am allerbesten — — — von ihm selbst. Noch sehen wir keine genügenden Bürgschaften, welche Hoffnungen auf eine gedeihliche, geordnete Entwicklung unserer socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse gewähren, und noch weit weniger ist eine Zuversicht gestattet, welche die zur Zeit herrschende Gleichgiltigkeit und Sorglosigkeit rechtfertigen könnte. Wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, so gehen wir sehr gewaltfamen „Auseinandersetzungen“ entgegen, und **diese** zu verhüten, ihre Ursachen möglichst zu beseitigen, **darin** erblicken wir unsere erste und größte Aufgabe. Auch nur von diesen Gesichtspunkten aus sollen die Interpellationen an den Herrn Reichskanzler aufgefaßt und beurtheilt werden.“

Im Schlusse des Vorwortes bezeichne ich die kaiserliche Botschaft als „einen Stern, der zum Morgen führt.“ Die Stellen lauten:

„An uns „Conservativen“ wird es jedoch liegen, die Wähler und überhaupt die Bevölkerung vor **Leuten** zu warnen, die vermöge ihrer eigenthümlichen Situation selbst nie genau wissen, was sie vielleicht binnen vierundzwanzig Stunden zu sein haben, und sich schon deshalb absolut nicht zu „Volksvertretern“ eignen. Daß ich, mit Respect zu sagen, nicht für solche, nicht für „bemäntelte“ Conservative die Broschüre schrieb, deren ganze Politik ihnen dictirt oder soufflirt wird, bedarf keiner Bethuerung. Ich schrieb für Alle, welche treu zu der konservativen Fahne halten und deren Prinzipien nicht wie das Quecksilber des Barometers jedem Druck zugänglich sind, die in der Kaiserlichen Botschaft einen Stern erblicken, der zum „Morgen“ führt, die in der Wiederherstellung des Friedens mit den Katholiken nicht allein auch sehr wirksame Mittel

zur Ableitung der revolutionären anarchischen Strömungen erkennen, sondern welchen die Beseitigung des Kulturkampfes auch als Pflicht ihres Rechtsbewußtseins erscheint, die sie ihren Mitbürgern gegenüber, die sich im neuen deutschen Reiche in der Minorität befinden, nicht unerfüllt sehen wollen. Ich schrieb endlich die Broschüre für Alle, welche freudig in den Ruf mit einstimmen: „Mit Gott, für Kaiser, Reich und Recht!“

Dresden, den 22. Januar 1885.“

Auf Seite 21 wird auf die Gefährlichkeit und Schwäche der rein gouvernementalen Parteien verwiesen, die vermöge ihrer Eigenschaften und Bedingungen jeden inneren Halt, jeder moralischen und auch sachlichen Verantwortlichkeit bar sind, indem sie sich nur als Werkzeug des betreffenden Ministeriums gebrauchen lassen. Mit anderen Worten: eine solche gouvernementale Partei verzichtet gegenüber dem Staate und der Gesellschaft auf jede Selbstständigkeit und in logischer Folge weist sie deshalb auch jede Verantwortlichkeit von sich ab. Durch die Konsequenzen ihrer Standpunkte wird sie selbst zu den peinlichsten Akten gezwungen, die es für Faktoren der Volksvertretung nur geben kann. Der Fall des „ungenannten Herrn“, der zum außerordentlichen Professor an der Berliner Hochschule ernannt wurde oder richtiger gesagt: „sich ernennen ließ“, hat bewiesen, daß eine **solche** gouvernementale Fraktion keinen Anstand nimmt, sich selbst in den schroffsten Gegensatz zu den Landes-Gesetzen oder Verordnungen zu bringen, sobald ein solcher vom leitenden Minister verlangt wird. Von dem genannten Fall abgesehen, hört bei concret gouvernementalen Parteien überhaupt „Verschiedenes“ auf. Wie es für sie keine Selbstständigkeit, keine Würde und keine Verantwortlichkeit gibt, so schrumpft auch ihr Denkvermögen auf den einzigen aktiven Gedanken zusammen: ja gut zu hören, um gut folgen zu können. Eine Logik braucht für jene Leute nicht zu existiren, weil sie nicht in die Lage kommen, von ihr Gebrauch zu machen. Werden die gouvernementalen sans phrase vor der Nation entlarvt, zeigt man sie, wie sie sind, zeigt man, **was** sie allein können und wollen, so wird sich das Volk, das vor allem „verantwortliche“ Vertreter haben will, immer mehr hüten, Leuten seine Stimmen zu geben, die nur noch die Bedeutung von Automaten besitzen. Auf die Gefahren, welche eine gouvernementale Partei sans phrase für Staat und Gesellschaft involviret, hat der „revolutionäre“ Junker ebenfalls aufmerksam gemacht. Er schreibt auf S. 21 seiner durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ proscribirten Broschüre, wie folgt:

„Die Geschichte zeigt uns aber auch mit derselben Bestimmtheit und Klarheit, daß in aufgeregten Zeiten — wenn die Maße anfangen

überzulaufen — keine Partei so machtlos, feig und zu SeceSSIONen geneigt ist als die „gouvernementale“. Sie kann über Nacht vergehen, und da ihr politisches Credo eben nur in dem Glauben an die Regierung besteht, so ist es nicht allein menschlich, sondern selbst streng logisch, wenn sie aufhört, Etwas zu sein, was bereits nicht mehr ist oder sich in der vollständigen Decadence befindet.

„Um also in concreto staats-erhaltend zu sein, und in diesem Sinne auch zu wirken, ist es eine Ehren- und Gewissenssache der Conservativen, jede Zumuthung mit vollster Entrüstung zurückzuweisen, die **nichts Geringeres** enthält: als unter Verleugnung der persönlichen Ueberzeugung und aller persönlichen Ansichten über Staat, Gesellschaft und Religion — — — „gouvernemental“ zu sein.“

Daß die Broschüre nicht im entferntesten in Folge einer persönlichen\*) Abneigung oder gar aus Haß gegen den Fürsten Bismarck geschrieben wurde, wozu ich denn auch gar keine Veranlassung gehabt haben würde, mag mit aller Beweisraft aus den beiden folgenden Citationen hervorgehen. Auf S. 23 und 24 wird gesagt:

„Aus der Beleuchtung der verlangten Partei „Bismarck sans phrase“ soll aber keineswegs gefolgert werden dürfen, daß Umstände überhaupt ausgeschlossen seien, welche den Conservativen die vollste Unterstützung der Bismarckischen Regierung möglich machten. Schon ein flüchtiger Rückblick auf unlängst vergangene Zeiten würden einer derartigen Folgerung widersprechen; denn als sich anno 1878 der Herr Reichskanzler zu den „Befehrten“ zählte und sich förmlichst gegen die Annahme verwahrte, er sei noch nicht „befehrt“, da schlugen ihm alle conservativen Herzen freudigst entgegen, und wird sich Fürst Bismarck nicht über das Entgegenkommen und über die Unterstützung seiner „neuen“ Politik seitens der Conservativen zu beklagen haben. Und auch jetzt noch wünschen die Conservativen kaum etwas sehnlicher, als vereinigt mit dem Herrn Reichskanzler — ja, auch sicher sehr gern „unter ihm“ — den socialen und wirtschaftlichen Reformen Gesetzeskraft zu verschaffen und der großen Kaiserlichen Botenschaft endlich in praktischer Weise näher zu treten.

„Wenn daher die Conservativen die Regierung des Fürsten Bismarck unterstützen sollen, so muß er auch eine Politik lanciren, welche von ihnen auf Grund ihrer Prinzipien unterstützt werden kann; denn auf bloße

\*) Sie wurde bekanntlich im Winter 1884, somit lange vor der Annahme der „Ehren-Gabe“ Schönhausen geschrieben.

Discretion hin unterstützt kein anständiger Politiker eine Regierung. Wie nur der dem Wucher bereits Verfallene Blanco-Accepte unterschreibt, so fügen sich auch nur politische Streber einer Politik auf Discretion.

„Wenn der Herr Kanzler haben will, daß die Partei, welche seiner Politik folgt und ihn in derselben unterstützt, von den übrigen Parteien und überhaupt im In- und Auslande geachtet sein soll, so darf er ihr schon aus diesem Grunde keine Zumuthungen stellen, welche ihr die Achtung entziehen müssen. Höher als das Lächeln und die Gunst eines Kanzlers steht die persönliche Ueberzeugung, und stehen die Pflichten **für Gott, Kaiser, Reich und Recht.**

„Dem Fürsten Bismarck unverhohlen die Wahrheit zu sagen, gehört ganz besonders zu den Pflichten der wahren Conservativen, denen die Erhaltung des Reiches und die Integrität der Kaiserlichen Macht ebenso ein persönliches Verlangen ist, als ein kategorischer Imperativ des conservativen Prinzips.“

Weiter heißt es:

„Wie dieses Schreiben, so werden auch die weiteren nur von den Intentionen begleitet sein, durch die klaren bestimmten Darlegungen der Aufgaben, welche den Conservativen als staatserkhaltenden Elementen erwachsen, Kaiser und Reich zu dienen. Ich habe selbst etwas Hoffnung, daß Fürst Bismarck diese Intentionen anerkennt und soweit, als es seine Nervosität gegen Widersprüche überhaupt zuläßt, ihnen gerecht werden wird, denn er kann doch unmöglich den Glauben haben, daß der Patriotismus der Deutschen in ihm personificirt zu sein habe und nur durch ihn und unter ihm culminiren könne. Ferner traue ich dem Fürsten Bismarck auch soviel objectives Urtheilsvermögen zu, daß, wenn er aus sich herausgeht und sich in die Lage der übrigen 45,999,999 Deutschen versetzt, somit nicht bloß als Reichskanzler urtheilt, wozu er viele Jahre Gelegenheit hatte, die er, wie wir wissen, auch sehr „freimüthig“ benützte, er mein Urtheil über Conservatismus und Gouvernentalismus wenigstens nicht unbedingt verwerfen wird.

„Fürst Bismarck ist nur durch ein Heer ganz verächtlicher Schmeichler nicht zu seinem und des Reiches Wohl verwöhnt worden, und wenn ich jene meide und tief verachte, so bin ich doch weit entfernt, die großen Eigenschaften, die der Fürst besitzt, und seine unsterblichen Verdienste in der äußeren Politik zu unterschätzen.“

Wenn nun dennoch die „Post“, das Organ der „Berufs-Gouverne-

mentalen“, die Broschüre ein Pamphlet\*) nennt und das freiwillig gouvernementale Blatt, die „Norddeutsche Allgemeine“, den Verfasser derselben in die Reihe der „Revolutionäre“ versetzen will, so können wir uns die Widersprüche, welche sich aus den klaren Worten der Broschüre gegenüber jenen Verurtheilungen und Anschuldigungen ergeben, nur **in einer Weise** erklären.

Wie schon darauf verwiesen wurde, daß die „Zornigen“ den wahren Grund ihrer Erregung nicht zu nennen wagen und **deshalb** der Broschüre eine Tendenz supponirten, die durch deren Darlegungen in der bestimmten Weise perhorrescirt wird, so sind wir hier veranlaßt, bei der analytischen Erforschung des wahren Grundes dieses Zornes die „Entrüsteten“ etwas strenger vorzunehmen. Die Untersuchungen haben nun ergeben, daß die Gouvernementealen am empfindlichsten durch einen Widerspruch gereizt werden, den man gegenüber der Person zum Ausdruck bringt, nach welcher sie abgestempelt oder geächtet wurden. Wenn wir diese Erscheinung in psychologischer Beziehung untersuchen, so gelangen wir zur vollständigen Lösung der angegebenen Widersprüche. Da der Gouvernementeale seinen alleinigen Werth in der Nische erblickt, die er empfangen, so ist er auch besonders beflissen, die Merkmale seiner Bedeutung für alle anderen zur Geltung zu bringen, und wird stets am härtesten getroffen, wenn man der Quelle, die ihn speist und labt, nicht **die** Bedeutung oder Wirkung zuerkennt, welche er über jeden Zweifel erhaben betrachtet sehen will. Jeder Gouvernementeale sans phrase ist nur mittelbar zu nehmen, seine ganze Bedeutung hängt von Demjenigen ab, der, um mit dem früheren deutschen Bundestagsgefandten von Bismarck zu sprechen: „dem Gefäß erst den Inhalt gibt“. Solche Gouvernementeale sind nur Werkzeuge, reine Abstimmungsmaschinen, welche durch die große Kurbel in Bewegung gesetzt werden. Die Wähler, welche solchen Leuten ihre Stimme geben, verzichten auf die Geltendmachung ihres Willens und ihrer Verlangen. Leute, welche selbst nie wissen, wie sie zu stimmen haben, können doch unmöglich den Interessen ihrer Wähler gerecht werden. Die Wahlen verlieren unter diesen Umständen vollständig ihre Bedeutung

---

\*) Auf die Definitionen dieses Blattes kommt es nun aus sehr bestimmten Gründen gar nicht an, denn die Kreise seiner Gedanken haben so enge Grenzen, daß es zur Verfolgung derselben nur höchst selten gelangen kann. Wo auf anderen Seiten die Beweise angetreten werden, da schließt die „Post“ gewöhnlich mit den ihrigen ab. Die Gedanken auch auszudenken, das darf man doch am allerwenigsten von einem Organe der Berufs-Gouvernementealen verlangen. Ein solches Verlangen hat in seinen Augen schon eine revolutionäre Tendenz.

und sinken zu einer inhaltlosen Comödie herab. Unsere preussischen Mitbürger mögen sich bei Gelegenheit der nun kommenden Landtagswahlen die Männer genau betrachten, welche sich um ihre Stimmen bewerben. Wollen sie Marionetten des Herrn Fürsten Bismarck als ihre Vertreter wählen, so haben sie dann auch kein Recht mehr zu klagen, und ebenso wenig können sie ihre „Vertreter“ zur Verantwortung ziehen. Leute von der Kategorie eines Landrathes, der als Reichstags-Candidat seinen Wählern nur zu sagen wußte: ich habe euch nichts weiter mitzutheilen, als daß ich für Alles stimmen werde, was uns der Herr Kanzler vorlegt, eignen sich nicht als Volksvertreter und setzen sich die Wähler selbst herunter, wenn sie solchen Werkzeugen ihre Stimmen geben.

Die Tendenz: unter allen Verhältnissen, somit auch bei allen Sprüngen und Wendungen des Herrn Kanzlers, ihm zuzustimmen, artet bei gemeinen Naturen und vor Allem bei der Kategorie der bezahlten Elemente zu einem wüsten Wettlauf um die Gunst der leitenden Persönlichkeit aus. Diese Menschen wollen sich bemerkbar und angenehm machen; sie stürzen wie losgelassene Hunde auf Alle, die sich nach ihrer Ansicht in schlimmer Absicht ihrem „Herrn“ nähern. In ihren Angriffen kennen sie weder Anstand noch Besonnenheit und bemessen den Werth ihrer Arbeiten nur nach den Kraftausdrücken, die sie gebrauchen. Ob diese passen, ob sie überhaupt anwendbar sind, das ist ihnen völlig gleich, denn ihr Zweck besteht in der Verunglimpfung der Personen, auf deren Spuren sie gelassen worden, und in der möglichsten Verwirrung der Ansichten und Urtheile. Es wird mit einer Unverschämtheit gelogen, die leider noch immer nicht ohne Erfolg ist, indem es nicht an Leuten fehlt, welche die thatsächlichen, die näheren Verhältnisse und das Zusammenreffen der Umstände nicht kennen und sich dann durch die Frechheit der Lügen\*) imponiren lassen. Betrachtet man die gouvernementale Presse, so geht unanfechtbar und auf das Beweiskräftigste hervor, daß sie die erste und größte Schuld an der Demoralisation der Gesellschaft trägt. Die socialdemokratischen, anarchischen und atheistischen Blätter bringen es alle zusammen nicht fertig, so tief zu corrumpiren, so verhängnißvoll die öffentliche Meinung zu vergiften, als es diese gouvernementalen Organe vermögen, die ein wahrer Schandfleck für die deutsche Presse sind.

Diesen Kategorien von Journalisten, die ich leider auch bei anderen Gelegenheiten hinlänglich kennen lernte, würde ich nie mehr ein Wort

\*) Wir haben hübsches Material gesammelt, können die „Frechheit“ der Lügen beweisen.



erwidern, aber bezüglich der „Norddeutschen“, die in ihrer Eigenschaft als „freiwillig“ gouvernementales Blatt eine nicht verdiente Bedeutung besitzt, muß ich von der Regel abweichen. Wir möchten nun diese Leute, und hier auch überhaupt alle Herren, welche stolz auf den Stempel oder die Nische des unverfälschten Gouvernementalismus sind, aufmerksam machen, daß sie bei ihren „Entrüstungs-Scenen“ nie so unvorsichtig sein sollen, gegen Personen Beschuldigungen zu schleudern, welche in ganz gleicher Weise, selbst oft noch unter weit erschwerenderen Umständen, auch andere Personen treffen müssen, die sie doch ganz sicher nicht im Auge gehabt haben. Wenn jene Personen durch solche Beschuldigungen auch nicht mehr in ihren gegenwärtigen Stellungen getroffen werden, so bleibt es doch jedenfalls hinsichtlich des Urtheils an sich vollständig gleich, daß sie bei früheren Gelegenheiten in einer Weise gehandelt und gesprochen haben, auf welche die abgegebenen Urtheile dann gerade so passen müssen, als sie auf diejenigen Leute passen sollen, gegen welche sie jetzt gerichtet sind. Die Schreiber der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und eventuell auch ihre Hintermänner haben aber bei ihrer „patriotischen“ \*) Entrüstung

---

\*) Wir sind bereits in dem „Beredelungs“-Prozesse, der auch mit der conservativen Partei behufs Ausbildung und Stärkung der Partei: Bismarck sans phrase vorgenommen wird, soweit gekommen, daß sich die Gouvernentalen allein noch für Patrioten halten. Welche weitgehenden Consequenzen das läppische wie läppiſche Benehmen haben muß, erkennen natürlich diese „mittleren“ Geister nicht; dafür sollte aber der unmittelbare Geist, dem sie alle folgen, Sorge tragen, daß die Verwirrung der Begriffe seiner Trabanten nicht dahin führt: daß die Worte „Patriot“ und „patriotisch“ durch eine theilweis falsche und exclusive Anwendung seitens der in keinem Lande der Welt geachteten Servilen ihren Werth verlieren müssen. Welche Wirkung müßte z. B. auf das Ausland geübt werden, wenn nur die Gouvernentalen sans phrase als „Patrioten“ gelten sollen, oder wenn das Wort „Patriot“ durch seine einseitige Interpretation der Art discreditirt würde, daß es nur als ein „Partei-Name“ aufzufassen wäre. Wehe dem Lande oder dem Reiche, dessen „Patrioten“ auf eine Partei zusammengeschrumpft sind, und doppelt Wehe dann! wenn diese Partei aus Elementen besteht, deren ganzer „Patriotismus“ nur in einer Apologie für einen sterblichen Menschen culminirt, dem gegenüber sie a priori auf ein selbstständiges Denken und Handeln verzichten. Wo bleiben da die nöthigen Garantien? wo die Verantwortlichkeit, wo das Vertrauen? Zum Glück tritt aber der sprachliche Anachronismus, der durch die falsche Interpretation des Wortes „Patriot“ seitens der Servilen hervorgerufen wird, so deutlich zu Tage, daß wir nicht erst zu beweisen haben, wie die Gouvernentalen sans phrase die nackte Unwahrheit sagen, wenn sie sich allein als Patrioten bezeichnen. Sie mögen sich „Bismarckianer“ nennen, solange sie Lust haben, den Namen machen wir ihnen ganz sicher nicht streitig, wir gönnen ihnen denselben sogar von Herzen, aber wir verbieten ihnen, für sich allein einen Namen zu adoptiren, auf den wir vermöge unserer ganzen Vergangenheit und unserer

ganz übersehen, daß sie Beschuldigungen gegen mich häufen, welche gerade so wenig oder gerade so stark das Conto des früheren preußischen Bundestags-Gesandten Otto von Bismarck-Schönhausen belasten. Die Veröffentlichungen des Herrn von Poschinger, die bekanntlich unter Beihilfe und der Munificenz des Herrn Reichskanzlers Fürsten Bismarck möglich wurden, hätten sich die entrüsteten Herren, bevor sie mich einen „revolutionären“ Junker nannten, etwas besser betrachten sollen. Ich bin deshalb dem Herrn Reichskanzler in erster und Herrn von Poschinger in zweiter Linie außerordentlich dankbar, daß sie mich in die Lage setzten, auch unter Berufung auf die Denk- und Handlungsweise des ehemaligen preußischen Bundestags-Gesandten von Bismarck-Schönhausen den unqualificirbaren Vorwurf: ich sei ein Revolutionär u. u. seiner Tendenz nach klar zu legen, und was sich ganz von selbst versteht, als eine blödsinnige Bosheit, hauptsächlich entsprungen aus verletzter Eitelkeit und latainenhafter Geschäftigkeit, zurückzuweisen.

Außer den beiden bereits genannten Herren bin ich aber auch dem Herrn Geheimen Oberregierungsrath a. D. Wagener für die Gelegenheit dankbar, mich weiterhin auf den jetzigen Herrn Reichskanzler berufen zu können; denn bin ich ein revolutionärer Junker, so war Fürst Bismarck als Reichshauptmann und dann selbst noch als „Gesandter Preußens“ ebenfalls ein solcher. Man wird

Leistungen den vollsten Anspruch haben. Den Sprüngen und Wandelungen des Herrn Fürsten Bismarck kann keine selbstständige Partei, somit keine folgen, die ein bestimmtes Programm hat; aber auch den wirklichen Patrioten, mögen sie nun was immer für einer Partei, mit Ausnahme der socialdemokratischen, angehören, ist es unmöglich, „Bismarckianer“ sans phrase zu sein, denn sie müßten heute für patriotisch halten, was sie gestern von „ihrem“ patriotischen Standpunkte nicht genug verdammen konnten. Der abscheuliche Humbug, der mit dem Worte „Patriot“ getrieben werden müßte, springt in die Augen und nach streng logischen Folgerungen könnten zuletzt nur ganz charakterlose Subjecte und die Herren Streber der verschiedenen Nüancen einen Anspruch auf die Beilegung dieses Prädikates haben. Nur wer es über sich brächte, auf Wunsch des Herrn Fürsten Bismarck seine Standpunkte und „Uebersetzungen“ über Nacht zu wechseln — Fälle! welche wohl vermerkt wurden —, der wäre noch ein „Patriot.“ Die Begriffe: Patrioten und Bismarckianer würden sich demnach decken. Der Verfasser ist ein „bayerischer Deutscher“ und möchte es sich auf das allerentschiedenste verbitten, seinen bayerisch-deutschen Patriotismus durch den „Bismarckianismus“ prüfen zu lassen. Der Gehalt unseres Patriotismus genügt uns vollständig, und weisen wir eine bismarckische Legirung als halt- und geschmacklos zurück; sie erscheint uns gleich einer Modefrankheit, die wir so wenig mitmachen, als eine andere.

also wohl hieraus ersehen müssen, daß unsere „revolutionären“ Tendenzen nicht staats- und gesellschaftsgefährlich genannt werden können, und daß sich die des früheren Deichhauptmanns und späteren preussischen Bundestags-Gesandten für ihn so providentiell erwiesen, daß der ehemalige „revolutionäre Junker“ nun schon geraume Zeit Kanzler des deutschen Reiches ist, Graf und Fürst wurde und auch wahrhaft fürstliche Dotationen und diverse Ehren-Geschenke erhielt. Da ich nicht gewohnt bin, mich wie die Gegner meiner letzten Broschüre in inhaltlosen und Verlegenheits-Phrasen zu ergehen, oder vollständig willkürliche und unwahre Beschuldigungen auszusprechen, so werde ich sofort **auch** in Nachfolgendem beweisen, daß ich kein revolutionärer Junker bin, oder wenn doch, dann auch der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck einer war.

## II. Abschnitt.

In der Broschüre\*) des Herrn Geheimraths a. D. Wagener: „Die kleine aber mächtige Partei“ spricht der Autor von der Verfolgung, welcher die „Kreuzzeitung“ anno 1850 Seitens des Herrn Polizei-Präsidenten von Hinkeldey ausgesetzt gewesen war, und daß der Recurs, den er als Chefredakteur des Blattes beim Ministerium Manteuffel ergriffen, von dem Herrn Ministerpräsidenten abgewiesen worden sei. Herr Wagener schreibt auf S. 20 hierüber Folgendes:

„Es handelte sich hier um meine Beschwerde wegen „Verwarnung“ und Bedrohung auf Entziehung des Postdebits.“

„Diese Mittheilungen werden keinen Zweifel darüber lassen, daß ich, weit entfernt in Reaction zu arbeiten, wie man mich so oft beschuldigt hat, einer der wenigen gewesen bin, welche den Muth hatten, dem damals fast allmächtigen Polizei-Präsidenten von Hinkeldey entgegenzutreten; doch muß ich zur Steuer der Wahrheit hinzufügen, daß ein Kreis meiner pommerschen Freunde meine Haltung durch eine Ehrengabe anerkannte, an welcher sich auch der Fürst Bismarck betheiligte.“

Der Ehrengabe, an welcher sich, wie wir gesehen, auch der königl. preussische Deichhauptmann von Bismarck-Schönhäusen betheiligte, war jedoch ein Begleitschreiben beige-schlossen, das zu schön ist, um es hier zu übergehen. Schon sein Anfang erregte unser ganzes Interesse, das bis

\*) H. Pohl, Berlin 1885.

zu den letzten Worten „niemals“ im stetigen Wachsen begriffen war. Das Schreiben lautet wörtlich:

„Undank ist der Welt Lohn! Das haben auch Sie, hochverehrter Herr Chef-Redakteur, schmerzlich erfahren. So lang Ihre Ehrenhaftigkeit und Unererschrockenheit den Herren an der Spitze — die auch wir so hoch verehrt haben und ihrer früheren Verdienste halber noch immer gern unterstützen möchten — nützlich, ja von unübertroffenem Werthe waren, so lang wurden Sie von ihnen gefeiert und geschätzt; als jene aber abwichen von dem rechten Pfade und Sie auch dann sich gleich blieben, da konnten sie die Wahrheit nicht ertragen und kränkten ihren besten Freund so unverdient. Verschmerzen Sie das Bittere dieser Erfahrung, braver, hochgeehrter Mann, um Ihrer preiswürdigen Grundsätze willen, und erkennen Sie an dieser Adresse und dem beifolgenden Ehrengeschenk, daß im Preußenlande noch Millionen von Herzen schlagen, welche ihre Wunde mitfühlen und Balsam darauf zu träufeln bereit sind. Man kann uns kränken, beschimpfen, berauben und ermorden, aber man kann uns nicht zwingen Recht und Wahrheit zu verläugnen. Niemals, niemals, niemals! Gott stärke Sie und erhalte Ihnen noch recht lange Muth und Kraft auf dem betretenen Wege fortzuwirken.

Ihre

Sie verehrenden, Ihnen treu ergebenen Freunde.“

Nun folgen aus den verschiedenen Kreisen zahlreiche Unterschriften, so z. B. allein acht Herren von Puttkammer, darunter der Schwiegervater des Fürsten Bismarck, ferner zwei Braunschweig, zwei Arnim. Unter den Uebrigen begegnen wir den besten Namen, wie: Massow, Ungern-Sternberg, Bonin, Below, Stollberg, Bülow, Liewezow, Zedlitz, Herwarth, Buddenbrock, Pückler, Gerlach, Richthofen u. u. und — — — — von Bismarck-Schönhausen „auch ein Pommer“.

Die in der Broschüre genannten Namen sind verbürgt durch Herrn von Mikloff-Großendorf. — —

Wir sehen, daß sich schon in den fünfziger Jahren eine waschechte „Declaranten-Partei“ gebildet hatte, zu welcher auch der pommerische Edelmann von Bismarck-Schönhausen gehörte. Ob auch schon über diese Declaranten von zarter Hand ein „schwarzes Buch“ geführt wurde, wissen wir allerdings nicht. Nicht ohne Interesse dürfte es sein, mit der Declaration der fünfziger Jahre die der siebziger zu vergleichen. Die erste enthält der zweiten gegenüber einen ungleich aggressiveren Ton, sie ist in

ihren Vorwürfen und Tröstungen freier, in ihrer Haltung herrscht ein weit höherer Styl; sie erinnert etwas an die Gradheit und gesunde Derbheit der Bismarckischen Diction. Hören wir nun die „Declaration“ der siebziger Jahre, welche gegen den Herrn Reichskanzler erlassen wurde. Sie lautet: „Der Reichskanzler Fürst von Bismarck hat in der Reichstags-Sitzung vom 9. Februar sich dahin geäußert, daß Jeder, der die „Kreuz-Zeitung“ halte und bezahle, sich direkt an Lüge und Verläumdung betheilige.“ — — — Als treue Anhänger der königlichen und conservativen Fahne weisen wir diese Anschuldigung gegen die Kreuzzeitung und die gesammte durch sie vertretene Partei auf das Entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er Jahre lang als zuverlässige Stütze des Thrones anerkannt hat. — — —

„So wenig wie die schmerzlichen Erfahrungen der letzten Jahre vermocht haben, uns in unserer Königstreue und in unseren Grundsätzen zu erschüttern, so wenig wird auch der letzte und verletzende Angriff gegen die Partei und ihr Organ im Stande sein, uns von der Zeitung zu trennen, welche furchtlos und treu noch stets ihren Wahrspruch: „Mit Gott für König und Vaterland“ verfochten und alle Versuche, ihr beizukommen,\*) erfolgreich abgeschlagen hat. Wenn aber der Herr Reichskanzler, im Anschluß an den oben angeführten Ausspruch, die Aufrichtigkeit unserer christlichen Gesinnung in Zweifel zieht, so verschmähen wir es ebenso, mit ihm darüber zu rechten, wie wir es zurückweisen, die gegebenen Belehrungen über Ehre und Anstand anzunehmen.“ —

Die Sprache dieses Protestes ist eine ernste und durchaus würdevolle, wie sie immer Männern eigen sein wird, die stolz auf ihre Unabhängigkeit und persönliche Ueberzeugung sind, und deren Gefühle für Ehre, Recht und Treue jeder Declination widerstehen. Man fühlt's aber diesen Declaranten nach, daß sie mehr verletzt und gekränkt, als bereit waren, gegen eine Epoche anzukämpfen, welche sich feindlich gegen die Traditionen wendet, deren Aufrechthaltung ihnen anvertraut ist. Es ist unverkennbar,

\*) Was in den fünfziger Jahren noch nicht möglich war, das erreichte man voll und ganz in den achtzigern. Wer die jetzige Haltung der Kreuzzeitung nur etwas näher beobachtet hat, der wird den Wandel, der mit ihr vorging, gerade so bemerkt, als beklagt haben. Es herrschen gegenwärtig „Rücksichten“, durch welche die hohe und große Bedeutung, die das Blatt erreicht hatte, vollständig inhibirt wird. Die Kreuzzeitung ist allmählig ein gouvernementales Blatt geworden, man findet in ihr kaum mehr, als in anderen gouvernementalen Zeitungen auch. An Belegen fehlt es in unseren Mappen nicht.

daß die Erklärung mehr in der Bertheidigung und Abweisung gipfelt, als in der Aufnahme des Kampfes, welche ihnen durch die gegen sie geschleuderten Beschuldigungen angeboten wurde. Aber immerhin geht mit aller Evidenz aus dem Proteste hervor, daß sich damals in den konservativen Reihen die Begriffe von „conservativ“ und „gouvernemental“ noch keineswegs in einer Weise deckten, wie sie seit anderthalb Jahren offenkundig wurde. Es war ein Stamm vorhanden, der so viel Muth und Ueberzeugungstreue besaß, um das „leitende“ Organ der konservativen Partei nicht fallen und herabwürdigen zu lassen. Es ist ja nicht zu leugnen, daß, wenn ein Partei-Organ nicht in seiner Partei den nöthigen Rückhalt findet, es schließlich ihre Wandlungen mitmachen muß. Diese Tragödie haben wir bei der Kreuz-Zeitung erlebt, welche noch im Sommer 1884 sich sehr entschieden gegen die Bildung der Mittel- oder Mischmasch-Partei wandte, aber in ihrer Abwehr in dem Grade nachließ, als die Unterstützung Seitens der Partei schwand, und zu gleicher Zeit die gewissen Hebel mit allem Nachdruck gehoben wurden. Im Verhältniß als die Schwindsucht der deutsch-conservativen Partei Fortschritte machte, gestaltete sich auch der Nervenzustand der „Kreuz-Zeitung immer bedenklicher. Sie wurde durch Zuschriften gereizt, die ihr früher erwünscht waren, und immer mehr schloß sie sich von ihren Freunden ab. Man sagte damals schon, sie habe kein ganz reines Gewissen mehr und scheue deshalb den Umgang mit aufrichtigen und entschiedenen Leuten. Was uns betrifft, so bedauern wir auf das Lebhafteste den Ab- oder Umfall der „Kreuz-Zeitung“, die unter früheren Redaktionen wirklich großartigen Stürmen in großartiger Weise zu trohen verstand. Es ist schade für eine Zeitung, die in der neuesten Geschichte Preußens so ruhmreiche Blätter besitzt. Zur theilweisen Entschuldigung der leitenden Kräfte des genannten Organs glauben wir aber doch sagen zu sollen, daß ihr Fehler aus einem „zu guten“ Willen entsprangen, dem zur Folge sie auch jetzt noch meinen: „Schlimmeres“ verhüten zu können. Trauriger Wahn! Die Verhältnisse, die von ihnen, wenn auch nicht ohne Widerstreben, „acceptirt“ wurden, sind weit stärker als sie, und so kam denn das Allerschlimmste, was einem Organe einer bestimmten politischen, religiösen und wirthschaftlichen Richtung nur geschehen kann: es verlor seinen alten Standpunkt und gerieth sowohl mit seinen Traditionen, als mit seinen eigenen Kräften in mannigfache Widersprüche. Nun irrt es mit einem großen Theile seiner Partei, seines früheren Schwerpunktes verlustig, in dem politischen Sonnensystem „Bismarck“ umher, das ihm reich an Selbstverleugnungen und trotz dieser nicht minder reich an Bloßstellungen und Abstoßungen wurde. Was

müssen die Leiter und Stützen der Kreuz-Zeitung z. B. ganz besonders nach den Reden des Herrn Kanzlers bei Gelegenheit der Börsensteuer — und Arbeiterschutz-Debatten (Sonntagsfeier) empfunden haben? und wie mußten ferner die Verhandlungen über die Ernennung des „ungenannten“ Herrn zum außerordentlichen Professor von der Berliner Hochschule sie berühren? In welche Lage geriethen sie, als es sich immer klarer ergab, daß die Annahme: „der größte Theil der Bismarckspende würde zur Vermehrung des Bismarckischen Grundbesitzes verwendet“; auf keiner „Verleumdung“ beruhe und keinen „gehässigen“ Intentionen entspränge? Wie mußten aber ganz besonders die flagranten Widersprüche, in welche sich der Kanzler seit einigen Jahren immer mehr und tiefer verwickelte, auf sie reagiren? Wie muß die ausdauernde Energie des Fürsten Bismarck, gerichtet auf die Decomposition der conservativen Partei, von ihnen empfunden werden? Glauben die Leiter und Stützen der Kreuz-Zeitung, daß sie **allein** jene Eindrücke empfingen, und daß andere Betheiligte von diesen nichts wußten? Welchen politischen Gradmesser müßte die Kreuz-Zeitung für ihr Publikum als genügend erachten, wenn sie sich solchen Annahmen hingegeben hat? So möge sie denn lieber auch noch sehr spät zu der Ueberzeugung kommen, daß es ohne complete und noch dazu ohne völlig nutzlose Selbstaufopferung absolut unmöglich ist, die conservativen Interessen „abhängig“ von der Politik Bismarcks zu machen, oder jene gar mit dieser zu identificiren. Es ist nicht mehr möglich, unsere alte, zielbewußte conservative Politik mit der des Herrn Kanzlers zu decken. Ohne „Bruch“ kommt auch die Kreuz-Zeitung nicht durch; entweder muß sie offen mit ihren Traditionen brechen und ihre bisherigen Programm-Verlangen vielfach verleugnen, oder sie muß der bedauernswürdigen Thatfachen Rechnung tragen und mit der gegenwärtigen inneren Politik des Herrn Kanzlers brechen. Mit conservativen Allüren allein läßt sich keine concrete conservative Politik treiben, und verdecken sie niemals den manchesterlichen oder gouvernementalen Standpunkt. Die „Kreuz-Zeitung“ wird sich auch wahrscheinlich so wenig als wir über die **eigentlichen tiefen** Motive täuschen, welche den Fürsten Bismarck zu der Aenderung seiner inneren Politik veranlaßt haben. Aber sie wird deshalb auch wissen, daß diese Aenderung von ziemlich langer Dauer sein kann und von Eventualitäten bestimmt sein wird, welche sich nach Zeit und Ausdehnung unmöglich berechnen lassen, wenn man auch ganz bestimmt wissen kann, welche Wirkungen sie haben, und welchen Abschluß sie erlangen würden. Die Motive für die „Uebergangs-Politik“, in der wir gegenwärtig leben, können von den Conservativen nur unter völliger

Preisgabe ihrer Principien acceptirt werden; sie müssen sich darüber klar werden, daß sie sich von Grund aus zu ändern haben, und sich ermannen, dem Herrn Kanzler bei bestimmten Gelegenheiten zu widersprechen. Können sie sich zu der Höhe dieses Standpunktes nicht erheben, so quittiren sie selbst darüber: „daß sie nur das Gefäß sind, in das Fürst Bismarck den Inhalt gießt“.

Ausflüchte, Verdrehungen und Beschönigungen der Verhältnisse sind völlig belang- und nutzlos geworden und würden ebenso wenig die Thatfachen ändern, als die Achtung vor der conservativen „Gruppe“ der Partei: Bismarck sans phrase erhöhen. Wir sehen ein, daß sich die Kreuz-Zeitung mit der „deutsch“-conservativen Partei den neuen „Entwicklungen“ des Herrn Kanzlers gegenüber in einer sehr peniblen Lage befindet, welche sicher Vor- und Nachsicht erheischt, aber daß sich diese Lage stets verschlimmerte, daß sie immer hoffnungsloser geworden, und von der Partei Opfer auf Opfer verlangt, die sich bis zu der Höhe der Verleugnung des conservativen Standpunktes erheben, das ist unleugbar die Schuld der „Deutsch“-Conservativen allein. „Sommit“ brauchten sie es nicht kommen zu lassen. Ihre heutige Situation ist nur die Schuld ihrer Schwäche, ihrer Langmuth und ihrer völlig unmotivirten Hoffnungslosigkeit. Wir fügen noch hinzu: die Schuld für ihre gegenwärtige Inferiorität liegt auch zum guten Theile an dem Fallenlassen ihrer früheren Kirchen-Politik. In dem Grade, als die „Deutsch“-Conservativen sich auf Wunsch und Befehl des Herrn Kanzlers vom Centrum entfernten, wuchs ihre Abhängigkeit von dem Willen des Fürsten Bismarck und der „Generosität“ der Nationalliberalen. Indem sie das conservativ-clericale Bündniß brachen, um den Ruf aus Heidelberg zu folgen, geriethen sie auf eine schiefe Ebene, auf der es für sie keinen Halt mehr gibt.

Hätte die „deutsch“-conservative Partei und an ihrer Spitze ihre Organe in den Protesten nicht nachgelassen, die aus ihrer Mitte mit viel Umsicht, Nachdruck und auch Glück von 1882 bis Sommer 1884 erlassen wurden, hätten sie, statt sich den Nationalliberalen (Heidelbergern) anzuschließen und mit ihnen Compromisse einzugehen, durch welche sie sich selbst compromittirten, mit dem Centrum die Verbindung fortgesetzt, so wäre die ganze Situation eine andere, und zwar in allererster Linie zum Vortheil der „Deutsch“-Conservativen.

Die so oft versuchte Mittelpartei wäre zwar nicht zu Stande gekommen, der Kanzler wäre, im Fall er nicht nachgegeben hätte, nach links „dirigirt“ worden, statt nun seinerseits die „Deutsch“-Conservativen dahin zu ziehen; dafür wären dem Centrum seine „Wahl“-Bündnisse

mit der Fortschrittspartei erspart geblieben, was doch sicher den „Deutsch“-Conservativen nur genügt haben würde, da das Centrum von ihnen noch niemals „Entsagungen“ verlangt hatte, wie ihnen solche von den National-liberalen kurzweg in einer wahrhaft „strammen“ Weise auferlegt worden sind. Möglicher, aber höchst unwahrscheinlicher Weise wäre es der conservativ-clericalen Alliance gegenüber zu einem „Conflict“ mit der Regierung Bismarck gekommen, aber dieser hätte den staats- und gesellschaftserhaltenden Tendenzen weit mehr genügt, als geschadet, denn er hätte die großen, breiten Schichten des Volkes mit unendlichem Vertrauen für ihre Führer erfüllt, und hätte den unerschütterlichen Willen: die sociale Reform-Politik auch gegen den Herrn Kanzler fortzusetzen, über jeden Zweifel erhoben. Einen Conflict, wie den **gedachten**, hätte auch Fürst Bismarck nicht ausgehalten, da seine Lage in jeder Beziehung die denkbar schlimmste gewesen wäre. Hätte er doch gegen die Vertreter seiner Politik vom Jahre 1878 gekämpft, somit die Fructificirungsversuche seiner eigenen Politik als Grund des Conflictes bezeichnen müssen. In diese Falle wäre aber der Kanzler ganz sicher nicht gegangen, sondern er hätte unbedingt der festen Haltung der Conservativen, welche mit dem Centrum über eine starke Majorität verfügt haben würden, Rechnung getragen. Daß das Alles nicht so kam, ist Schuld der „deutsch“-conservativen Partei, die im entscheidenden Augenblicke zu wanken anfing und dem Herrn Kanzler nicht zu widerstehen vermochte. Gegen eine solche Politik bin ich allerdings „revolutionär“ gesinnt; aber ich glaube mit aller Ruhe dem objektiven Urtheile es überlassen zu dürfen, inwiefern ich mit meiner Politik den „Bestrebungen der anarchischen Parteien nahe komme“, wie es von der „Norddeutschen Allgem. Zeitung“ behauptet wurde. „Es geht, solange es geht“, mit diesen Worten überschrieb die „Kreuz-Zeitung“ vor einem Jahre einen ihrer damals noch vorzüglichen Leitartikel. Möge sie sich einstweilen auf seinen Inhalt besinnen und mich nicht in die traurige Lage versetzen, sie noch an Anderes erinnern zu müssen. Wenn die conservative Partei nicht selbst das Holz zum Stöße herbeischleppen will, auf dem sie geopfert werden soll, so muß sie sich entschließen, in allen Fällen, in denen der Herr Kanzler seiner früheren „großen“ Reform-Politik Obstructionen bereitet, eine feste, bestimmte Opposition entgegenzustellen, was ihr umsoweniger schwer werden sollte, als sie sich doch genugsam überzeugen konnte, daß sie dem Fürsten Bismarck ein Dorn im Auge ist, und er nichts unversucht läßt, um sie als Partei zu vernichten. Dem Herrn Kanzler in seiner jetzigen inneren Politik zu willfahren, heißt von Seite der conservativen Partei

nichts Anderes: als sich selbst aufzugeben; nach japanischer Leseart würde es heißen: sie schlitze sich selbst den Leib auf.

Das Uebermaß der Subjectivität des Herrn Kanzlers verbietet ihm, „mit“ den Parteien zu regieren, und so verliert er denn seine besten Kräfte und viele nützliche Zeit nur mit der Bekämpfung der Parteien und dem stetigen Auspielen der einen gegen die andere. Würde der Kanzler mit seiner inneren Politik im Klaren sein, gäbe es für ihn bezüglich dieser bestimmte Prinzipien und Tendenzen, so wäre ein solches Auspielen der Parteien gegen einander auch gar nicht möglich. Die Unklarheit und Haltlosigkeit seiner inneren Politik gibt sich aber am deutlichsten aus den Stellungen zu erkennen, die er gegenüber den Parteien einnimmt; er hebt sie und läßt sie wieder fallen, ganz nach dem Wandel seiner inneren Politik. Diese Praxis ist der Inbegriff von Principien- und Systemlosigkeit, sie manifestirt die Haltlosigkeit der eigenen Politik. Wie ein solches Verfahren auf keiner Seite ein Vertrauen auf die Regierungspolitik aufkommen läßt, so ist es auch ganz dazu geeignet, weite Kreise politisch zu corrumpiren und namentlich schwächere Naturen zur Darangabe ihrer Grundsätze zu verleiten. Dem Herrn Fürsten Bismarck zu gefallen, gilt bereits leider bei sehr vielen Menschen mehr, als ihrer Ueberzeugung zu folgen, und das von ihnen als richtig Anerkannte auch offen zu vertreten. Die jüngst vergangenen Reichs- und Landtagsverhandlungen haben die traurigsten Commentare zu diesem Factum geliefert. In den verzweifeltsten Fällen berufen sich die betreffenden „deutsch“-conservativen Redner auf die Opportunität ihrer Stellung, was natürlich gerade so wenig einen Erfolg haben konnte, als wenn sich Einer an seinem Zopfe aus dem Sumpfe ziehen will. Derartige „Volksvertreter“ können es sich noch weit einfacher machen, wenn sie kurz und bündig erklären: der Herr Reichskanzler will es, und sein Wille geschehe. Ob die betreffenden Herrn diese schlagende Motivirung ihrer Standpunkte außer Acht lassen und dafür sich in allen möglichen Anwendungen der „Wenn“ und „Aber“ und „Obgleich“ üben, kommt ganz auf denselben Eindruck hinaus, denn ihre Verlegenheits-Phrasen lassen sie keineswegs „bedeutungsvoller“ erscheinen; man wird sie mit und ohne „Aber“ niemals ernst nehmen. — — —

Um noch einmal direct auf die „Kreuz-Zeitung“ zu kommen, so sei nur erwähnt: sie sank von der Bedeutung eines Sternes mit eigenem Lichte zu der eines Planeten herab, dessen Licht und Wärme ihm nur „gespendet“ wird. Die Selbstständigkeit und politische Bedeutung einer Partei fängt aber an zu schwinden und zu erblaffen, wenn sie ihr

Organ nicht schützen will oder es nicht schützen kann. Es sind das Wahrheiten, die vernommen werden müssen, mögen sie noch so sehr schmerzen und reizen. In der anbrechenden Selbsterkenntniß liegt zugleich der Anfang der inneren und äußeren Erhebung, der Ermannung und der Auffassung alles dessen, was einem nöthig ist, um die verloren gegangene Bedeutung wieder zu erlangen. — — —

Gelingt es den conservativen Elementen des Reiches nicht, sich wieder zu einer selbstständigen, achtunggebietenden und Vertrauen erweckenden Partei zu erheben, so wird der Prozeß der immer deutlicher werdenden Auflösung nur beschleunigt. Das Merkwürdige bei der Sache wird aber sein, daß es gerade die „Deutsch“-Conservativen waren, welche an der Decomposition der conservativen Partei einen so hervorragenden Antheil genommen haben. — — —

Nach diesem Excurs sei uns gestattet, auf den weiteren Vergleich, der durch die beiden „Declarationen“ geboten wird, noch einmal kurz zurückzukommen. — Der Herr Reichskanzler hat voriges Frühjahr im Reichstage die Bemerkung gemacht: „Auch mit der conservativen Fraktion habe ich längere Zeit keine Freundschaft gehabt, dabei habe ich aber auch gefunden, daß diese Partei schärfer ist, als die liberale Gegnerschaft.“ — —

Am „schärfsten“ war die conservative Partei jedenfalls zu der Zeit, als sie die Ehre hatte, den pommerischen Edelmann Otto von Bismarck in ihren Reihen zu besitzen. Was durch die obige Bemerkung der Reichskanzler Fürst Bismarck an der conservativen Partei rügen zu müssen glaubte, entsprang gerade dem Geiste, der sich am prononcirtesten zeigte, als der Kanzler noch zu der Partei gehörte. Während die Declaranten der fünfziger Jahre herausfordernd und vorwurfsvoll auftraten, finden wir, wie bereits schon erwähnt, die der siebziger Jahre in der Abwehr begriffen, und dennoch rügt Fürst Bismarck die „Schärfe“ der Conservativen. Die dem Vergleiche so nahe liegenden weiteren Schlüsse wollen wir nicht mehr ziehen, uns dafür aber mit dem „preussischen Bundestagsgesandten“ von Bismarck beschäftigen, um zu sehen, wie er als „preussischer Staatsdiener“ von der „servilen“ Bureaucratie sprach, welche Achtung er damals noch für die conservative Partei besaß, und welches Vertrauen er auf ihre Selbstständigkeit und Ueberzeugungstreue setzte.

In dem Berichte vom 23. April 1852 für den Minister-Präsidenten von Manteuffel kommt folgende Abhandlung vor:

„Die telegraphische Mittheilung über die morgen in der zweiten Kammer stattfindende Verhandlung erhielt ich gestern Abend, sodas ich,

wenn ich mit der nächsten Gelegenheit hätte abreisen wollen, um den Wünschen E. Majestät in dieser Sache zu entsprechen, doch erst morgen Abend eingetroffen sein würde. Aber selbst wenn ich da wäre und die Zahl der für die Auffassung unseres Allergnädigsten Herrn Stimmenden um Einen oder Einige vermehrte, so würde dieser Vortheil den Nachtheil nicht aufwiegen, der für die Regierung und namentlich für die Krone im engeren Sinne aus der Decomposition unserer Partei hervorgehen würde. Wenn ich mich öffentlich durch ein Botum oder gar durch eine Rede gegen die Ritterschaft von dieser los sagte, so würde das gerade in dem entschlossensten und innersten Theile unserer Partei einen unheilbaren Spalt lassen, und ich würde das verlorne Vertrauen meiner politischen Stützen in der Kammer und im Lande so leicht nicht wiedergewinnen. Daß die Stellung, in welche unsere Ritterschaft in dieser Sache gerathen ist, eine schiefe und mehr durch Parteiumtriebe, als durch sachliche Gründe herbeigeführt ist, habe ich Sr. Majestät wiederholt erklärt; will man aber als Mitglied einer Partei Einfluß behalten, oder es auch nur bleiben, so darf man sich auch von den Thorheiten seiner Partei nicht feindselig los sagen, wenn man sie nicht sich unterwerfen kann. Für eine Thorheit halte ich es, in Preußen eine conservative Adelsopposition im Widerspiel gegen die Krone zu machen. Dazu führt uns der Absolutismus zu sehr in succo et sanguine, und eine Entfremdung zwischen Krone und Ritterschaft kann nur dahin führen, die Schreiber- und Gendarmen-Herrschaft nomine regis als einzigen Ausgangspunkt übrig zu lassen. Wenn ich aber im vorliegenden Fall mich, wie E. Majestät es auffaßt, gegen die verfehlte Richtung meiner Standesgenossen in die Bresche werfen wollte, so würde ich keinen anderen Erfolg haben, als daß diese mit aufrichtigem Bedauern in mir für alle Zukunft einen durch Amt und Würde erkauften Ueberläufer in das Lager serviler Bürokratie erblickten, und der augenblicklich durch mich E. Majestät erwiesene Dienst würde, wie ich glaube, sehr viel geringer sein, als meine Einbuße an Fähigkeit, dem König ferner Dienste zu leisten. Diese Erste-Kammer-Sache geht, das bin ich überzeugt, schließlich doch in das Geleise, in welches E. Majestät sie haben will, mag es auf den jetzigen Wurf gelingen oder nicht.

„Morgen früh habe ich mit Graf Thun eine Schnepfenjagd, auf der er mir wohl sein Herz ausschütten wird.“

Wir knüpfen hieran für die „deutsch“ conservative Partei der achtziger Jahre nur die bescheidene Frage an: Glauben Sie, daß der Herr Kanzler gegenwärtig sich auch noch in der Lage befindet, Sie wie anno 1852 zu taxiren? Die Verhältnisse liegen gegenwärtig gerade umgekehrt, denn

nicht die Männer, welche die Macher der Mittelpartei und die Vertreter der Transaktionen mit den Nationalliberalen zu Gunsten des „Mischmasches“ sind, werden von den „Deutsch“-Conservativen und ihren Organen angegriffen, sondern deren Odium trifft gerade die Leute, welche bestrebt sind, die Gründe der Achtung und des Vertrauens für die conservative Partei zu conserviren, ohne welche Fürst Bismarck anno 1852 nicht in der angeführten Weise an Herrn von Manteuffel geschrieben hätte. — „Gouvernementalen“ gegenüber hätte allerdings der damalige Minister-Präsident keine Ursache gehabt, einen Vertreter für die Regierungsvorlage zu gewinnen. Der Herr Reichskanzler hat demnach die Conservativen schon sehr weit gebracht, der „Beredelungsprozeß“, den er mit ihnen vornimmt, scheint keine besonderen Schwierigkeiten zu bieten.

Aus dem Jahre 1857 vom 22. April ist ein weiteres Schreiben von dem damaligen preußischen Bundestagsgesandten anzuführen, in welchem mit einem auffallend trockenen Tone die Aufforderung behandelt und abgelehnt wird, nach Berlin zu kommen, um im Abgeordnetenhause für die Salzsteuer zu wirken. Der „Staatsdiener“ v. Bismarck befand sich zu dieser Zeit in Paris und schrieb:

„Ew. Excellenz telegraphische Weisung wegen meiner Hinkunft nach Berlin ist mir gestern durch Graf Haxfeldt mitgetheilt worden, sowie kurz vorher eine Aufforderung von einer Anzahl Mitglieder des Herrenhauses, welche meinen Beistand gegen die Salzsteuer\*) requiriren wollen. Meines Erachtens sind die Ansichten im Hause jetzt schon zu sehr consolidirt, als daß ich in der wenigen Zeit vor der Abstimmung auf die mir politisch Nahestehenden noch mit Erfolg wirken könnte. Mit meiner alleinigen Stimme aber dürfte dem Gouvernement nichts gewonnen sein, wenigstens nichts, was im Verhältniß mit dem Nachtheil stände, daß ich meinen etwaigen Einfluß auf die Rechte des Hauses für lange, wenn nicht für immer, dadurch zerstörte, daß ich mich mit der ganzen Fraction oder Partei in isolirten Widerspruch setzte, und mich als ein Mitglied charakterisirte, welches der selbstständigen Ueberzeugung zu Gunsten rein gouvernementalen Einflusses entsagt.“

Zwischen den Zeilen dieses höchst lakonischen Schreibens läßt sich

---

\*) Im Januar 1858 legte die Staatsregierung dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vor, betreffend die Erhöhung des Salzverkaufspreises von 12 auf 15 Thaler für die Tonne von 405 Pfund.

der Unmuth des Herrn von Bismarck über die von ihm verlangte Intervention leicht ersehen. Er weist nicht ohne Anflug von Verachtung eine Insinuation zurück, durch deren Befolgung er sich „als ein Mitglied charakterisirte, welches der selbstständigen Ueberzeugung zu Gunsten rein gouvernementalen Einflusses entsagt.“ —

Angeichts dieses Materials ist es fernerhin ganz überflüssig, noch beweisen zu wollen, daß der Herr Reichskanzler als Deichhauptmann und dann selbst als königlich preußischer Bundestags-Gesandter genau so über die „Gouvernementalen“ gedacht hat, als ich es gethan und auch fernerhin unter gleichen Voraussetzungen thun werde. Es scheint die Vermuthung gerade nicht gewagt zu sein: daß Fürst Bismarck, wenn er nicht Kanzler des deutschen Reiches, sondern noch Herr von Bismarck wäre, sich ebenfalls nachdrücklichst gegen die Bildung derjenigen Mittelpartei erklärt haben würde, an der gegenwärtig noch immer gearbeitet wird, und deren Zweck nur in der Erreichung von Zielen gedacht werden kann, die theils direct der staatserkhaltenden Tendenz entgegenstehen, theils den Kulturkampf nur vertiefen und erbitterter machen müßten, was doch ebenfalls nicht im Interesse einer staatserkhaltenden Politik liegen kann. Sagte doch der Herr Kanzler vor einigen Jahren im Reichstage: daß eine größere Zufriedenheit aller Staatsangehörigen auch ein Staatszweck sei.

Durch die Wiederbelebung der nationalliberalen Partei und die Linksschwenkung der Gouvernental-Conservativen sollte eine Mehrheit im Reichstage und Landtage bewirkt werden, welche sich ebenso gegen die „Deutschfreisinnigen“ und die „Volkspartei“, als wie gegen das Centrum verwenden ließe. Man wollte vielleicht namentlich diesem beweisen, daß seine Hilfe zu entbehren sei, und es deshalb in seinen Ansprüchen bescheiden zu sein habe. Hierbei übersah man oder reflektirte wenigstens nicht darauf, daß die Fälle, bei welchen die Hilfe des Centrum einmal unentbehrlich ist, sich durch die Einnahme der neuen volkswirtschaftlichen und socialen Standpunkte wesentlich verringern müssen. Wie oben angedeutet wurde, kann man nur von zwei oder drei, eventuell von vier Annahmen ausgehen, um den Zweck oder die Zwecke für den Wechsel in der inneren Politik des Kanzlers zu verstehen. Wie sich nun die bestimmten Fälle, welche aus diesen Annahmen hervorgehen, zu einander verhalten, ob und wie sie ineinandergreifen und sich gegenseitig ergänzen oder bedingen, inwieweit sie als Ursache und Wirkung der gegenwärtigen Regierungs-Politik zu betrachten sind, das können wir mit Bestimmtheit allerdings nicht „wissen“. — — —

Wir wissen nämlich nicht: ist die Schwenkung der Regierung erfolgt,

um die vielgenannten socialen Reformen des Fürsten Bismarck wieder allmählig aufzurollen, sie mit einem Worte vorerst hinzuhalten, oder erfolgte die Wandlung nur aus dem Grunde, um den Einfluß des Centrums zu brechen? Im ersten Falle konnte das Centrum um so leichter brüskirt werden, als man seine Hilfe nicht mehr verwerthen wollte, und als man, wo man sie dennoch nöthig haben würde, ja genau wußte, daß sie von ihm vermöge seines Programmes zu haben sei. (Getreidezölle zc. zc.) Im zweiten Falle hingegen mußte man aber wissen, daß die Brechung des Centrums-Einflusses nicht ohne Verzichtleistung auf die Durchführung der socialen Reformen zu erreichen sein würde. — — —

Wir wissen also nicht, ist die **Ursache** der Wendung der Bismarckschen Regierung in der Absicht zu suchen, die socialen Reformen aufzuhalten, und ergibt sich die Brüskirung des Centrums nur als die **Wirkung**, oder liegt die Ursache in dem Verlangen: unter allen Verhältnissen die Bedeutung des Centrums zu brechen, wodurch alsdann die Hinhaltung oder Aufrollung der social-reformatorischen Projecte nur als Wirkung der Ausführung des gedachten Verlangens zu nehmen wäre. Ist die letztere Annahme die richtige, so geht wenigstens mit aller Evidenz hervor, daß Fürst Bismarck die Lahmlegung des Centrums für wichtiger hält, als die Durchführung der Reformen oder, — was gleichbedeutend ist, — als die „Fructificirung der Kaiserlichen Botschaft“, welche durch die Behandlungsweise des Herrn Reichskanzlers kaum mehr einen akademischen Werth besitzt.

Nach unserer schlichten Meinung verfolgt aber der Herr Kanzler durch den Wechsel seiner inneren Politik zwei, vielleicht auch drei Ziele: die Brechung des Einflusses des Centrums und die Einschränkung in der Ausführung seiner social-reformatorischen Projecte. Wir glauben demnach, daß in diesen beiden Fällen Ursache und Wirkung in einander greifen, oder daß man beide Fälle als solche bezeichnen kann. Eine dritte Conjectur, welche durchaus nicht zu übersehen ist, läßt sich aus des Herrn Kanzlers Colonial-Politik ableiten, für welche er mehr Entgegenkommen auf der nationalliberalen Seite, als vom Centrum erwartete, und **deshalb** zur Verjüngung, wenn auch sicher nicht zur Verschönerung der nationalliberalen Partei schritt. Das Verhalten des Herrn Kanzlers in der Arbeiter- und Handwerker-Frage, sowie hinsichtlich der landbautreibenden Bevölkerung\*) läßt jedenfalls unschwer erkennen, daß die Tendenz für

\*) Wir haben schon in der Broschüre: „Gouvernemental und Conservativ“ darauf hingewiesen, daß, selbst wenn die Getreidezölle eine höhere Einnahme der landbautreibenden Bevölkerung bewirken, dieser Gewinn der großen Mehrzahl dieses

die socialen und wirthschaftlichen Reformen gegenüber seiner Colonial-Politik **sehr** abgeschwächt erscheint. Das hier nachzuweisen, würde zu weit führen, und behalten wir uns die bezüglichlichen Darlegungen vor. —

Die „vierte“ Annahme gegenwärtig zu besprechen, halten wir aus sehr bestimmten Gründen nicht für opportun, doch werden wir vielleicht mit der Zeit Gelegenheit erhalten, auf sie zurückzukommen. Uns scheint, daß sie eine große Wahrscheinlichkeit für sich hat, um so mehr als sie den Familien-Interessen des Herrn Kanzlers entspricht. — Mag nun diese oder jene der bereits genannten Annahmen für den Wechsel der kanzlerischen inneren Politik die richtige sein, so geht als ihr **Resultat** eine sehr bedenkliche Rückwärts-Concentration in der Durchführung der socialen und wirthschaftlichen Reformen, wie auch die Thatsache der Verschlimmerung der kirchen-politischen Fragen hervor, und gegen **diese Wendungen**, welche natürlich „Obstructionen“ aller Art im Gefolge haben müssen, wandte ich mich in meinem Buche: „Der fünfte Stand und die Regierung“, sowie in meiner letzten Broschüre. Ob nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ und ihre Hintermänner sich deshalb für berechtigt halten können, mich den „Vertreter eines revolutionären Junkerthums“ zu nennen, ob deshalb die „Kreuzzeitung“ Ursache hatte, polemisch gegen mich aufzutreten, und der „Reichsbote“ sich veranlaßt sehen konnte, mein Hervortreten als ihm „unsympathisch“ zu bezeichnen; ob ferner die „Allgemeine Conservative Monatschrift“ sich ebenfalls aus diesem Grunde berufen fühlen konnte, mein Vorgehen von conservativen Standpunkten aus vollständig zu desavouiren, das Alles überlasse ich nun im weiteren dem objektiven Urtheil meiner Mitbürger. — — —

Auf alle Fälle halte ich mich gerade in den Hauptpunkten meines Hervortretens vollkommen durch den „früheren“ Herrn von Bismarck gedeckt und bedaure nur, daß der Kanzler nicht in die Lage kommen wird, von dieser Broschüre Kenntniß zu nehmen. Wie bereits schon in der ersten betont, habe ich noch immer so viel Vertrauen auf das Urtheil

---

Produktivstandes nicht eher von Nutzen sein wird, als nicht eine Reihe von unlängst verlangten Gesetzen ausgeführt worden ist. Die künstliche Erhöhung des Bodenwerthes in Folge der Getreidezölle erleichtert nur die Contrahirung von Schulden und wird schließlich nur zur Vermehrung der Grund-Schulden führen, somit die Nebel noch tiefer und umfangreicher machen. **Zuerst** müssen die „Schutzgesetze“ und dann erst jene erlassen werden, welche die Einnahmen vermehren. Diese Ueberlegung scheint aber dem Herrn Kanzler gänzlich gefehlt zu haben; denn man verfuhr leider in einer Weise, welche allerdings nicht im Interesse der Mehrzahl der grundbesitzenden Bevölkerung liegt.

des Fürsten, daß es für mich von Werth sein müßte, es auch bezüglich meiner Ansichten über Conservatismus und Gouvernentalismus zu vernehmen. Wenn übrigens der Herr Kanzler dem deutschen Reiche noch recht lange erhalten bleibt, so wird er sich doch wieder, namentlich wenn eine gewisse Uebergangszeit durchlebt sein wird, den Bahnen nähern müssen, die der „revolutionäre“ Junker bereits schon vor dem denkwürdigen Jahre 1878, also vor der „Bekehrung“ des Fürsten Bismarck, eingeschlagen hat. Die Schriftzüge der Worte: „durchgreifende sociale und wirthschaftliche Reformen oder die sociale Revolution“ werden von Jahr zu Jahr deutlicher und greller beleuchtet werden.

Erscheinen dem Herrn Kanzler die Prämissen für seine Politik vom Jahre 1878 nicht stark genug, so werden dafür die Consequenzen der vom Jahre 1882 befolgten von **solcher Stärke** werden, daß er versuchen wird, sich ihnen durch einen abermaligen Wechsel zu entziehen. Die Verhältnisse dürften sich aber dann in so zwingender Weise zur Geltung bringen, daß an der Bereitwilligkeit, sie endlich voll und ganz zu würdigen, nicht mehr zu zweifeln ist. Leider werden dann aber ganz andere Zweifel die Gemüther beherrschen und sie auch nicht mehr in Ruhe kommen lassen, nämlich **die**: ob überhaupt, nachdem die Fonds der nöthigen Stabilität aufgezehrt und die Elemente, welche überhaupt noch ein Interesse an der Aufrechthaltung der **heutigen** Gesellschaft und ihrer Productions- und Erwerbs-Modalitäten besitzen, zu einer kleinen Minorität zusammengeschrunpft sind, von den **dann** gewährten Reformen noch **die** Wirkungen erwartet werden können, auf welche man hofft. Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß in dem Grade, als sich die Interessenten für ein Unternehmen oder für Maßnahmen überhaupt, verringern, diese an Aussichtslosigkeit zunehmen, und beziehungsweise auch an ihrer Zweckmäßigkeit Einbuße erleiden. Der Werth und die Bedeutung einer Hilfe hängen von ihrem Umfange und der richtigen Zeit ihrer Anwendung ab. Der providentielle Charakter einer Hilfe richtet sich somit danach, daß sie **dann** geleistet wird, wenn sie noch volle Wirksamkeit besitzt, nicht aber erst eintritt, wenn wenig oder nichts mehr zu retten ist. Will man z. B. die ländlichen Hypotheken dann erst ablösen, wenn der weitaus größte Theil der deutschen Bauern zu perfecten Hörigen des Großkapitals geworden ist und der Grundbesitz sich in den Händen von verhältnißmäßig wenigen Latifundien-Besitzern befindet, so verliert die gedachte Ablösung ihren Werth und ihre Wirkung. Lassen wir die Wirkungen des römischen Rechtes auf unsere landbautreibende Bevölkerung ruhig weiter wuchern, so werden von einem bestimmten Zeitpunkte an selbst die besten Agrar-

Reformen nicht mehr im Stande sein, unsere Bauern vor dem Schicksal der altrömischen und jetzigen italienischen Bauern zu schützen. „Es geht, so lange es geht,“ sagt die „Kreuzzeitung“. Nicht anders verhält es sich mit den beiden anderen Produktivständen, mit den Handwerkern und Arbeitern. Schützt man die Ersteren jetzt nicht durch die obligatorischen Zünfte, aus welchen sich ganz nach Bedürfnis die Produktiv-Assoziationen entwickeln können und werden, unterläßt man, durch die Theilhaberschaft\*) am Netto-Gewinn die Arbeiter mit dem heutigen Produktions-System möglichst auszuführen, so werden die genannten Reformen dann völlig ihren Zweck verfehlen, wenn die Handwerker, noch mehr als sie es jetzt schon sind, zu Stück- und Lohnarbeitern oder Arbeitern in den Fabriken, somit zu Proletariern herabsanken, und die Fabrik-Arbeiter sich allmählig aus „Socialdemokraten“\*\*) zu Anarchisten entwickelt haben werden.

Wie alle die gedachten Reformen ihren Nutzen verlieren, wenn für sie kein genügendes Publikum mehr vorhanden ist, so wird es auch, wenn man sich nicht rechtzeitig eines Besseren besinnt, in religiöser Beziehung mit dem deutschen Volke immer mißlicher bestellt sein. Sind die religiösen Grundlagen zerstört, und sind den großen Massen die Gelegenheiten erschwert oder zum Theil ganz genommen, ihrer Religion auch der Praxis nach zu leben, so helfen dann alle frommen Wünsche und selbst Anordnungen und Befehle von der allerhöchsten Stelle nichts mehr. Religion zu haben, läßt sich einmal nicht decretiren, sie kann nur durch die Erziehung und eine sorgfältige Pflege verliehen und erhalten werden. Staats-

\*) Siehe: „Der fünfte Stand und die Regierungen“, S. 79 u. 95; ferner: „Ein Beitrag zur Lohn- und Arbeitsfrage“. Puttkammer und Mühlbrecht. Berlin.

\*\*) Der österreichische Finanz-Minister a. D. Schöffle mag in seiner Broschüre: „Die Aussichtslosigkeit der Socialdemokratie“ wohl Recht haben; ob aber hiermit die Perspektive in die Zukunft eine bessere geworden ist, und der Vertrauens-Dusel bestimmter Gesellschaftskreise gerechtfertigt wird, möchten wir auf das Entschiedenste verneinen. Die Socialdemokraten, wie sie ihrer großen Mehrzahl nach heute sind, verlieren zwar an Bedeutung, aber sie werden eben deshalb einen Wandel erfahren und Anarchisten werden. Die Deduktionen über die Aussichtslosigkeit der Socialdemokratie machten daher auf mich den Eindruck einer reinen Wortspielerei. Die Socialdemokraten werden Anarchisten und ich bin sehr gespannt, ob Herr Dr. Schöffle vielleicht auch diesen die Aussichtslosigkeit prophezeit. Für jetzt haben die Socialdemokraten ihren officiellen Dank durch Herrn von Vollmar dem Herrn Kanzler im Reichstage übermitteln lassen; vielleicht werden sich in einigen Jahren auch die Anarchisten hiezu veranlaßt sehen. Wir machen ja rasende Fortschritte in der Aera der socialen Reformen.

Kirche und Staatsabsolutismus gehören zusammen, und man wird sie auch immer bei untergehenden Staatswesen vereinigt und im Flore finden. Daß Fürst Bismarck auch nur daran denken konnte, sich mit Hilfe der Ultrakatholiken und „Staatspfarrer“ eine deutsch-katholische Kirche zu gründen, beweist keinen staatsmännischen Blick. Die Katholiken werden dem Papste auf der ganzen Erde treu bleiben, denn sie stehen und fallen mit ihm. Er ist das sichtbare Oberhaupt ihrer Kirche, und wo\*) es sich auch immer befinden mag, da ist der Mittelpunkt der katholischen Welt. Wir sind sicher und unter allen Umständen gute Deutsche; die preußischen und beziehungsweise die deutschen Katholiken haben in den drei letzten Feldzügen die Blutproben bestanden; man verschone uns aber damit, durch fortwährende Eingriffe in unsere Rechte und Angriffe auf unsere Kirche fort und fort Proben zu bestehen. Es ist nicht opportun, immer wieder von Neuem, und ohne daß zwingende Gründe vorhanden sind, Proben aufzuerlegen. Man möge doch auch nicht übersehen, daß wir nur als Staatsbürger der Welt angehören, als Christen aber dem Reiche Christi, das seine Verherrlichung im Jenseits feiert und ewig dauert.

Für Alle, welche an einen persönlichen Gott und an ein Jenseits glauben, aber ganz speziell für die Christen,\*\*) hat das Erdenleben nicht die Bedeutung, als für solche, welche mit dem Todesröcheln Alles für beendigt ansehen. Für uns erschließt sich mit dem Tode erst die wahre, die

---

\*) Das schließt aber durchaus unsere Ansprüche auf Rom nicht aus. Rom gehört der katholischen Welt, und deshalb dem Papste oder auch umgekehrt, und so sicher die Flüsse seewärts fließen, werden auch wieder Verhältnisse eintreten, unter welchen Rom dem Papste gehören wird.

\*\*) In der Mich. Sailer'schen Uebersetzung (größere Ausgabe mit Anmerkungen) der „Nachfolge Christi“ von Thomas von Kempis finden wir beim sechszehnten Hauptstück des III. Buches seine Anmerkung folgenden Inhalts: „Denn, wie Augustinus und alle Weisen mit ihm lehren: das Zeitliche ist zum Gebrauche, das Ewige zum Genuße — für den unsterblichen Geist. Dies ist das große Gesetz unseres Hierseins: wir sollen durch Gebrauch des Zeitlichen, in der Zeit, zum Genuße des Ewigen, in der Zeit und in der Ewigkeit zubereitet werden.“

Die Christen überhaupt, insbesondere aber die Katholiken, gehen in den Begriffen über Staat und Nationalität keineswegs auf. Für sie ist der Staat und die Nationalität nicht das Punctum saliens, somit nicht „Das“: worauf Alles ankommt. Wir werden dem göttlichen Gebote: „Seid unterthan der Obrigkeit“ uns fügen; aber zwischen „sich fügen“ und einer freudigen Aufopferung mit Gut und Blut ist ein gewaltiger Unterschied. Der Begriff: „sich fügen“ deckt sich einmal sicher nicht mit dem: eine Sache aus freien Stücken zu unterstützen, zu vertheidigen und sich ihr zu opfern.

bleibende Welt, in der wir Rechenschaft über unser Erdenleben abzulegen haben. Hat der Tod die Christen vereinigt, so ist es auch mit ihrer Nationalität vorüber, der sie auf Erden angehörten. Es gibt keine deutschen, französischen oder italienischen Seelen, und ebenso wenig gibt es für die verschiedenen Nationen verschiedene Himmel.

Wenn man diese Definitionen überflüssig, sonderbar oder unseretwegen auch naiv findet, so kann uns das nicht im geringsten geniren, denn wir **wissen**, warum und für welche Adressen wir sie gegeben. Unsere erste und wichtigste Frage bleibt immer **die**: Was haben wir zu thun und zu lassen, damit wir dem verherrlichten Reiche Christi angehören können? Wer den Worten unseres Kaisers: „Dem Volke muß die Religion erhalten bleiben“, beipflichtet, der wird auch nicht gegen unseren Standpunkt polemisiren können.

Uns Katholiken ist unsere Confession einmal ganz sicher wenigstens gerade so lieb und heilig, als den Protestanten die ihrige, **und können wir deshalb auch Religion nur innerhalb unserer Confession haben**. Wenn nun auch den siebzehn Millionen deutscher Katholiken die Religion erhalten bleiben soll, so lasse man endlich die Schranken und Fesseln fallen, welche der Bethätigung unserer Religion und der vollen Wirksamkeit unserer Kirche hinderlich sind. Sollten wir auch noch so sehr beengt werden, und noch weit mehr Unrecht erfahren, zu Protestanten oder Altkatholiken macht man uns doch nicht. Was bei einer systematischen Erschwerung und Hinderung der katholischen Erziehung herauskäme, das wäre ganz sicher nicht der Protestantismus, sondern der Atheismus, und ich bin ein zu guter Deutscher, als daß ich nicht den Zuwachs vieler Millionen von Atheisten für ein großes, ja für das größte Unglück betrachten müßte, das dem deutschen Reiche geschehen könnte.

Soll also auch, wie bereits gesagt, den deutschen Katholiken „die Religion erhalten werden“, und der Kaiser schloß von seinem Wunsche sicher nicht die siebzehn Millionen Katholiken aus, so beendige man vor Allem frei, offen und bestimmt den Kulturkampf und enthalte sich allerseits der Velleitäten über das „protestantische Kaiserthum“, von einem protestantischen „Reiche“ gleich gar nicht zu sprechen. — Diejenigen, die es aber dennoch thun, die wissen in ihrer Einfalt gar nicht, was ihre Worte bedeuten, und **was** sie Alles unter Umständen anrichten können. „Deutsche“ und Katholiken bleiben wir, so lange wir athmen, und dürfte es schwerlich im Interesse des Reiches liegen, uns Katholiken in einen **politischen** Gegensatz zu den deutschen Protestanten zu bringen. Wer das

aber fertig brächte, der ist unter allen Umständen kein „Mehrer“, sondern ein „Berderber“ des Reichs, und wir müßten ihn vor Gott und der Geschichte als solchen bezeichnen. — — — — —

Da wir trotz der Verdächtigungen, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ gegen uns gehäuft, das lebhafteste Interesse an der Aufrechthaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung besitzen, können wir nicht umhin, auch hier auf eine Praxis zu verweisen, die uns im höchsten Grade staats-, resp. „bundesstaatsgefährlich“ erscheint. — —

Wir meinen den Antrag Preußens (Bismarcks) beim Bundesrathe auf Ausschließung des Herzogs von Cumberland in der braunschweigischen Erbfolge. — — —

Wir bedauern aufrichtig, abermals eine dem Herrn Kanzler entgegenge setzte Auffassung zu haben, indem wir gerade staats- d. h. bundesgefährlich finden, was er aus Rücksichten der Bundes- oder Reichsgefährlichkeit verlangt. — — Eine Negation der Legimitäts-Rechte, einfach nur gestützt auf Conjecturen, somit jeder thatfächlichen Begründung bar, müssen wir als einen Präcedenzfall der verhängnißvollsten Art bezeichnen. Selbst wenn es „zweckmäßig“ wäre, den Herzog von Cumberland von der braunschweigischen Thronfolge auszuschließen, so dürfte sein Ausschluß, resp. seine Beseitigung erst dann erstrebt werden, wenn er als Bundesfürst gegen die Reichsverfassung in einer Weise gefehlt hat, die seine persönliche Absetzung rechtfertigte. Es müßte also auf Grund des Artikels 19 der Reichsverfassung gegen ihn vorgegangen werden. Der Artikel lautet: „Wenn Bundesglieder ihre verfassungsmäßigen Bundespflichten nicht erfüllen, können sie dazu im Wege der Execution angehalten werden. Diese Execution ist vom Bundesrathe zu beschließen und vom Kaiser zu vollziehen.“ Dem „Kanzler des deutschen Reiches“ sollten die legitimen Rechte eines Fürsten doch nicht so „wohlfeil“ erscheinen, daß er sie einfach vermöge einer *petitio principii* negirt. — — —

Solange aber der Herzog als Bundesfürst nicht anerkannt ist, kann man ihn *primo jure* ebenso wenig von der Succession auf den braunschweigischen Thron ausschließen, als daß man ihn der Regierung des Herzogthums entheben kann, ohne daß er sich Neate zu Schulden kommen ließ, die seine Absetzung rechtfertigten.

„Eine Strafe zu verhängen, wo noch keine Schuld ist“, das kommt in keinem Codex der Welt vor. Nur die Bismarckischen Gouvernentalen

sind im Stande derartige „Rechtstheorien“\*) anzuerkennen und ihnen möglichste Tragkraft zu verleihen.

Weiß der Kanzler nicht, daß die Monarchien nur dann einen absoluten Rechtfertigungsgrund haben, wenn sie auf der Legitimität beruhen? Entzieht man ihnen diese absolute, die göttliche Basis, so bleibt für sie als Rechtfertigungsgrund nur die zur Zeit herrschende politische oder sociale Zweckmäßigkeit als stets schwankender Rest ihrer Rechtsansprüche.

Sind wir aber einmal in der Klärung der Begriffe über Monarchie soweit gekommen, so werden diese Aufklärungen die republikanische Propaganda mächtig unterstützen. Man wird rücksichtslos den Gesetzen der Logik folgen und allenthalben nur den Maßstab der Zweckmäßigkeit anlegen. — — —

Soll die Monarchie ihren Schwerpunkt nicht mehr in der Legitimität besitzen, erklärt man die Berufung auf: „von Gottes Gnaden“ als leere Formel, als Phrase, nach der man sich in seinen „praktischen“ Erwägungen nicht zu richten braucht, so hebt man die sittlichen Gründe für die Monarchie auf und entäußert sie zugleich ihrer Ansprüche auf die göttliche Berufung.

Die Monarchien sind dann lediglich nur noch „politische“ Ergebnisse, sie haben alsdann keine andere Berufung, als die auf die Gewalt, und in dem Grade, als diese sich abschwächt, verlieren sie an ihrer politischen Bedeutung, somit an ihrer Zweckmäßigkeit. Auf dieser abschüssigen Bahn wird man vermöge einer zwingenden Logik früher oder später auch dahin gelangen, zu erklären: daß diese oder jene Monarchie aus diesen oder jenen Gründen „zwecklos“, somit „rechtslos“ sei. — — — — —

\*) Analog obiger „Rechts-Deduktionen“ darf auch die Correspondenz des „Münchener Fremdenblatt“ in Nr. 180 v. J. betrachtet werden. Sie lautet: Eine „Rechts“anschauung bringt die in Berlin erscheinende „Deutsche Heereszeitung“ zur Veröffentlichung, die wegen ihrer Sonderbarkeit verdient, niedriger gehängt zu werden. „Angestammter Erbe von Luxemburg wäre der Herzog von Nassau, der staatsrechtliche Erbe, wie man vielfach annimmt, der König von Preußen, in der Eigenschaft als Rechtsnachfolger des Herzogs“, schreibt das Blatt. Welch' großartige Perspektive öffnet diese „Rechts“deduktion, wie einfach ist sie für Preußen, wie bemerkenswerth für die übrigen, besonders die deutschen Fürsten. „Preußen darf den Besiegten und denen, die es besiegen kann, auch Erbschaftsansprüche nehmen!“ so ungefähr malt sich die „Heereszeitung“ das Recht aus. Natürlich kann man aus dem Umstande der Eroberung niemals im bürgerlichen oder staatlichen Leben Erbschaftsansprüche auf ganz andere, abseits liegende Besitztitel des Besiegten erheben. Luxemburg ist überdies seit 1866 neutralisirt unter Gewährung Englands und Frankreichs. Dies allein würde eine Nachfolge des Königs von Preußen in Luxemburg von einem Kriege gegen Frankreich und England abhängig machen.

Die monarchische Gewalt ohne Basis der göttlichen Berufung steht dann in keiner rechtlichen noch denkbaren Weise den anderen politischen Gewalten vor. Es kann Niemand ungestraft zu revolutionären Mitteln greifen und selbst ein Revolutionär sein, aber dennoch für sich alle Achtung, Ergebenheit und Treue verlangen. Werden diese gezollt, so geschieht es eben aus Zweckmäßigkeitsgründen, die sehr verschiedener Art sein können. Werden aber diese Gründe hinfällig, hört der „Zweck“ als das bestimmende Motiv auf, so fällt auch ipso facto das Recht aller auf einer solchen Basis errichteten Institutionen oder Beziehungen weg. Hier angekommen, wird man nicht mehr den „Pflichten“ gemäß handeln, sondern sich nur von der „Klugheit“ und der „Zweckmäßigkeit“ leiten lassen. Wir würden eben wieder einmal einen jener bekannten merkwürdigen „Fortsschritte“ machen, die genau gesehen, nur kolossale „Rückschritte“ sind. — —

Wir nehmen keinen Anstand zu erklären: daß für uns die Superiorität der Monarchie gegenüber den anderen Staatsformen nur auf der Legitimität und ihrer Berufung auf das göttliche Recht besteht. Wo wir dieses verläugnet und nicht angewendet finden, hat für uns die Monarchie „an sich“ nicht nur nichts vor den anderen Formen voraus, sondern es scheint uns selbst, daß ihr „sittlicher“ Werth von dem einer Republik sehr entschieden überragt wird. — —

Greifen wir dennoch zu anderen praktischen Vergleichen zwischen Monarchie und Republik, z. B. in Bezug auf die billigere Verwaltungsform, kürzere Dienstzeit der Soldaten und Verminderung der Kriegs-Veranlassungen u. u., so werden auch auf Grund dieser Erwägungen die Vorzüge einer Republik, wenn man sie an sich betrachtet, außer Frage gestellt. Die Monarchie in abstracto genommen, kann ihre Superiorität **nur** auf die göttliche Berufung gründen, in welcher die Legitimität wurzelt. Lassen wir diese fallen, so wissen wir nicht, aus welchen „sittlichen“ Gründen wir noch Monarchisten sans phrase sein sollen, und ebenso wenig kann hier die Berufung auf das monarchische „Prinzip“ der Monarchie zu gut kommen, denn auch dieses steht und fällt mit der Legitimität und der Anerkennung der Rechte von Gottes Gnaden. — — —

Obwohl ähnliche Erwägungen die Gedankenkreise des Fürsten Bismarck „gestört“ haben mögen, als er den Antrag auf Ausschluß des Herzogs von Cumberland von der braunschweigischen Erbfolge ausarbeitete? Wenn sie ihn überhaupt gestört haben, so hat der Kanzler auf alle Fälle diese

Erwägungen zu „leicht“ und die „Bundesgefährlichkeit“ des Herzogs zu „schwer“ genommen. — — — — —

Beide mit einander verglichen, lassen auch nicht den mindesten Zweifel, daß die eventuelle Ausschließung Seiner Königlichen Hoheit und der hiedurch entstehende Präcedenzfall für Entsetzungen und Ausschließungen von anderen Bundesfürsten, sowie die aus der eventuellen Nichtanerkennung resultirende Nichtbeachtung der Legimitätsrechte weit gefährlicher für das deutsche Reich sein werden, als die officielle Aufnahme des Herzogs in die Reihe der deutschen Bundesfürsten. Das kleine Braunschweig, das mitten in der Machtsphäre Preußens liegt, außerdem von preussischen Truppen ganz besetzt ist, dann ferner die Reichsverfassung mit ihren an sich sehr klaren und bestimmungsvollen Artikeln reduciren die **angebliche** Bundesgefährlichkeit des Herzogs in einer so apodiktischen Weise, daß man staunen muß, wie der Kanzler dennoch zu „seinem“ Antrage gelangen konnte, dem außerdem andererseits noch so flagrante Gegengründe im Wege stehen.

Noch können wir uns überhaupt nicht der Ansicht anschließen, daß sich Fürst Bismarck bei seinem Vorgehen **mehr** von persönlichen, als von rein sachlichen Gründen leiten ließ und dem Reize nicht widerstehen konnte: daß er, der Fürst Bismarck, die Welfen, das älteste Herrscherhaus, von der Liste der regierenden Familien gestrichen habe. In der Geschichte kommen jedoch öfter die merkwürdigsten Rückläufe vor; Manches, was in ihrem Verlaufe gestrichen wurde, kommt wieder zum Vorschein und führt sich von Neuem ein, während dafür Anderes gestrichen wird oder eine bedeutende Aenderung erfährt. In der Geschichte, die ja an sich nichts Anderes ist und nichts Anderes enthält, als die Aufzählung und Erläuterung der „Gewalten“ mit ihren treibenden Kräften, sowohl hinsichtlich der Ursachen ihrer Entstehung, ihrer Kämpfe und Weiterentwicklung, als auch ihrer Verminderung oder ihres Zerfalls, hat gar Nichts Bestand, was nicht von und für Gott ist. Wer den göttlichen Sittengesetzen entgegenhandelt und die „Zehn Gebote“ für sich nicht bindend erachtet, der ist immer auf falschen Wegen und täuscht sich bitter, wenn er glaubt, auf diesen Großen und auch Bleibendes zu schaffen. Was schuf in der neuesten Geschichte Napoleon I.? wie gewaltig war seine Macht? und was blieb von ihr nach einer äußerst kurzen Zeit übrig? was ist aus seiner Dynastie nach kaum achtzig Jahren geworden? — —

Nichts ist ungerechtfertigter, schwächer und „herausfordernder“, als nur dem Erfolge zu dienen, ihn zur Basis eines falschen, in sich

unwahren\*) Rechts zu machen, ihm nachzulaufen, ohne nach seiner Entstehung, seinen Wirkungen und Zielen zu fragen. Am gefährlichsten für sich und eventuell auch noch für Andere ist es, sich von seinen eigenen

\*) In welche Sackgasse man sofort geräth, wenn man nur dem Erfolge und dem Starken huldigt, aber **dennoch** vorgibt, auf dem „sittlichen Boden des positiven Rechts“ zu stehen, sehen wir mit großer Präcision wieder einmal im „Reichsboten“, der in seiner Nummer 120 sich folgendermaßen über die braunschweigische Erbfolge vernehmen läßt: „Von den „-isten“ und „-ismen“ sind wir überhaupt kein Freund; wir sind so wenig einseitige „Legitimisten“, als wir „Pietisten“ sind, sondern stehen auf dem sittlichen Boden des positiven Rechts, dem immer auch die positive Pflicht entsprechen muß. Wir haben das Erbrecht des Herzogs von Cumberland nie bestritten, aber wir haben ebenso betont, daß der Fürst, welcher die Regierung eines deutschen Bundesstaates antreten will, mit dem größten deutschen Bundesstaate vorerst seinen Frieden machen muß; denn es wäre eine Anomalie, ein Land, das mit Preußen im Frieden lebt, von einem Fürsten regiert zu sehen, der mit Preußen in kriegszuständlicher Feindschaft lebt.“ — Um den klaren Begriff: Legitimität zu verdunkeln, und in diesem selbstgeschaffenen Dunkel nach eigener Erleuchtung, d. h. der „Zweckmäßigkeit“ nach, den Legitimisten spielen zu können, zugleich aber auch sich einer der vielen stets bereit gehaltenen Hintertüren zu nähern, sagt der „Reichsbote“: er sei kein „einseitiger“ Legitimist. — — — — —

Was dieses Blatt, das von Jahr zu Jahr falscher, heimtückischer, serviler, aber auch widerlicher wird, unter einem „nicht einseitigen“ Legitimisten versteht, ist möglichst klar, trotz der von ihm verbreiteten Dunkelheit. Ein „nicht einseitiger“ Legitimist ist nach seinen Begriffen **derjenige**, der mit einer „herrschenden“ Regierung legitim und revolutionär, conservativ und liberal ist, **ganz**, wie es eben von Allen verlangt und ihnen nöthigen Falls befohlen wird, welche sich in der höchst unerfreulichen und sehr nervenaufregenden Lage befinden, an die Wand gedrückt zu werden, daß sie „quietschen“. — Was der „Reichsbote“ ferner unter dem „sittlichen Boden des positiven Rechts“ verstanden wissen will, darüber werden wir von ihm durch seine in concreto gegebene Interpretation über den Begriff von „positiver Pflicht“ alsobald aufgeklärt. Diese culminirt nämlich in dem vorliegenden Falle darin: daß der Herzog von Cumberland mit dem „größten“ deutschen Bundesstaate vorerst „seinen“ Frieden zu machen hat, „denn“, so sagt der „Reichsbote“ weiter: „es wäre eine Anomalie, ein Land, das mit Preußen im Frieden lebt, von einem Fürsten regiert zu sehen, der mit Preußen in kriegszuständlicher Feindschaft lebt.“ — — —

Ob aber Preußen mit dem Herzog „seinen“ Frieden machen will, **davon** sagt der „Reichsbote“ kein Wort. Doch das entspricht ja ebenfalls dem „nicht einseitigen“ legitimistischen Standpunkte, auf dem sein Chef-Redakteur steht. — Nun wieder abgesehen von dem äußerst „sittlichen Boden“, auf dem dieses Blatt zu stehen vorgibt, so resultirt aus seinen Deductionen, und zwar mit einer zwingenden Logik, daß, wenn der Herzog keinen Frieden mit Preußen zu Stande bringt, er der „positiven Pflicht“ nicht entspricht und **deshalb** von einem „nicht einseitigen“ legitimistischen Standpunkte aus seiner Rechte verlustig ist. Alle Hochachtung vor einer solchen Beweisführung! und vor dem „sittlichen Boden“ eines solchen positiven Rechts. — Preußen (Bismarck) braucht einfach „seinen“ Frieden mit dem

Erfolgen blenden zu lassen und für sich Alles für erlaubt zu halten. Diese Bemerkungen sind ganz im Allgemeinen gegeben, haben aber in einer Zeit, wo Macht vor Recht geht und sich bald da, bald dort ein

Herzog nicht zu wollen, und dieser sieht sich ganz außer Stand, seiner „positiven“ Pflicht nachzukommen. Er kann machen, was er will, er bleibt in den Augen des „Reichsboten“ „rechtlos“. — — — — —

Nun aber erst die Consequenzen, die sich aus einer derartigen Rechtsdeduction für alle übrigen Bundesfürsten ergeben und sozusagen Preußen bei „gelegener Zeit“ in den Schooß fallen! — — — — —

Nach dem „Reichsboten“ stehen die Bundesfürsten nur solange auf dem „sittlichen Boden des positiven Rechts“, als sie der „positiven Pflicht“ entsprechen, welche a priori in dem Frieden mit Preußen, als dem „größten“ deutschen Bundesstaate, gefunden werden soll.

Ist der Friede gebrochen, gleichviel wer ihn brach, und aus welcher Veranlassung er gebrochen wurde, so stehen die betreffenden Bundesfürsten nicht mehr auf dem „sittlichen Boden“ des positiven Rechts, weil sie ihrer „positiven“ Pflicht: mit Preußen in Frieden zu leben, nicht nachgekommen sind. Der „Reichsbote“ mag es verantworten, wenn er durch seine plumpe Gereiztheit ein Beispiel nahe legt, das vollständig das Rechtsverhältniß der Bundesfürsten mit Preußen charakterisirt. Der gedachte Rechtszustand würde sich vollkommen mit demjenigen decken, in welchem die Nachbarn eines Dorfes sich mit einem der Ihrigen befänden, der zugleich der Mächtigste wäre. Solange sie dieser in Ruhe läßt, halten sie Frieden und behalten ihre Anwesen; wie aber ihr mächtiger Nachbar ihre Güter zu erhalten wünscht, bricht er den Frieden und nimmt, was er will. Daß es sich hier nur um die „Macht“ und nicht um das „Recht“ handeln würde, das wird selbst der überreizte Chef-Redacteur des heuchlerischen Blattes zugestehen müssen. Nun trifft aber dieser Fall auf das genaueste mit dem zusammen, der vom „Reichsboten“ vertreten wird, und für den er noch den „sittlichen Boden“ des positiven Rechts in Anspruch nimmt.

Auf Grund einer solchen Praxis wären die deutschen Bundesfürsten Preußen gegenüber rein „rechtslos“, und der erste beste Confliktfall müßte hierfür die praktischen Beweise bringen. Nach der Ansicht des „Reichsboten“ hätte Preußen nicht einmal nöthig, Anträge über das Verhalten eines oder mehrerer Bundesfürsten einzubringen, denn es wäre schon im voraus entschieden, daß in jedem Streitfall nur Preußen im Rechte sein könnte. Doch abgesehen hiervon, fragen wir offen: wer glaubt wohl, daß, wenn Preußen in einem Falle, der es aus irgend welchen Gründen besonders interessirt, im Bundesrathe überstimmt würde, sich diesem Beschlusse auch fügte??? Und doch müßte Preußen, wenn es irgend welche „Rechtsverhältnisse“ zwischen sich und den anderen Bundesstaaten auch in concreto anerkennt, mit oder ohne besondere Interessen an der betreffenden Frage zu haben, sich überstimmen lassen. Wir schließen für jetzt dieses höchst unerquickliche Thema, das überreich an latenten Rechtsfragen ist, die bei entsprechenden Gelegenheiten schon zu brennen anfangen werden. Auf welche Seite sich der „Reichsbote“ mit seinem unabhängigen und „christlichen“ Chef-Redacteur dann stellen wird, hat er uns bereits erzählt. — — —

In seiner Nr. 121 kommt er noch einmal auf die braunschweigische Frage zu sprechen und leistet mit einer geradezu hornirten Heuchelei das Unglaubliche. Es ist

Heroen-Kultus der leichtesten Art in den Vordergrund drängt, immerhin ihre Bedeutung. — — — — —

Indem wir wieder auf die Besprechung der Braunschweigischen Thronfrage zurückkommen, bleibt uns nur noch zu sagen, daß, von allen vorstehenden Erwägungen abgesehen, Fürst Bismarck doch durch das Lob, welches er Seitens der fortschrittlichen und demokratischen Blätter erntet, Stoff zum Nachdenken über seine Initiative erhalten mag. Wir können von dem Standpunkte unseres beschränkten Unterthanen-Verstandes aus nur mit Besorgniß die Dankfagungen vernehmen, die Fürst Bismarck im Laufe von nur acht Wochen erhalten hat. Im Reichstage erhält er für die „Erfolge“ seiner großen socialen Reformen den officiellen Dank der Socialdemokratie, und nun erhält er aus dem Munde der Fortschrittler und Demokraten die Dankfagung für seine Auffassungen über die Sonntagsruhe und Legitimität. Wenn man alle die Anerkennungen summirt, die der Kanzler in nur acht Wochen erhalten hat, so sollte man meinen, daß die inneren Verhältnisse des deutschen Reiches einem wahren Eldorado gleichen, in dem ein Mann es versteht, fast Allen gerecht zu werden und

Zeit, daß man diesem Blatte noch mehr auf die Finger sieht und es mit allen seinen gepreßten und auf der Hand liegenden Verdrehungen und Unwahrheiten tiefer hängt und brandmarkt. Das Blatt schreibt: „Die demokratischen Blätter sehen in dem Antrag einen Bruch mit dem Prinzip der Legitimität, der Unterordnung derselben unter das allgemeine Wohl, eine Anerkennung des Prinzips der Revolution. Das „Berl. Tagebl.“ bezeichnet den Antrag als „eine Formulirung des Rechts auf Revolution, welches dem Bundesrathe zuerkannt wird“, und das Blatt jubelt darüber. In ähnlicher Weise begrüßen die „Frankf. Ztg.“, die „Volksztg.“ und die „Berliner Ztg.“ — kurz, die ganze Judenpresse — den Antrag und offenbaren damit wieder einmal recht offenherzig ihre innersten Gedanken — daß ihre Herzen der Revolution gehören und daß alle ihre gelegentlich zur Schau getragene monarchische Gesinnung nichts als pure Heuchelei ist. Die „Germania“ sammelt alle diese Stimmen sehr sorgfältig und bestätigt deren Auffassung und Auslegung des Antrages. Der Bezeichnung des Antrages als „Formulirung des Rechts auf die Revolution“ ertheilt die „Germania“ die Censur „sehr gut“. — Wo ist hier die Heuchelei zu finden? wenn die fortschrittlichen und demokratischen Blätter darüber jubeln, daß Preußen ihren Prinzipien bezüglich der Legitimitätsfrage entspricht und denselben eine Anerkennung in concreto ertheilt, so ist das doch keine Heuchelei? Diese ist aber voll und ganz auf der Seite des „Reichsboten“ zu finden, dessen monarchische Gesinnung sich nur auf Preußen concentrirt. Und warum? weil die „Firma Reichsbote“ Preußen ganz und gar für den Protestantismus in Beschlag nehmen möchte, und das Aufgehen Deutschlands in Preußen ihm als Sieg des Protestantismus über den Katholicismus erschiene. Hier liegen vornehmlich die Gründe des „Reichsboten“ für sein Benehmen in der braunschweigischen Frage. „Er“ braucht ein übermächtiges Preußen gegen den Katholicismus. Nur so weiter, und die „wahren“ Reichsfeinde entpuppen sich immer besser.

das ganze Volk — die „bekannten Reichsfeinde“ natürlich abgerechnet — als eine riesige Partei um sich zu schaaren. Es müssen schon „gewaltige“, ganz „seltene“ Leistungen eines Mannes sein, der es versteht, Dankfagungen der „Conservativen“, Liberalen, Demokraten und Socialdemokraten auf sich in einer zumal so kurzen Zeit zu vereinigen. Und nun gar erst die „Garde“ dieses Mannes, seine getreuen, stets vom sittlichsten Pathos getragenen Gouvernentalen »sans phrase«! — — — —

Die, welche Alles loben und preisen, was von ihm kommt, strömen über vor Entzücken, daß „ihr Heros“ nach den Socialdemokraten nun auch die Fortschrittler und Demokraten zum Danke verpflichtet hat. In eingeweihten Kreisen soll bereits die Frage in ernstliche Erwägung gezogen sein, ob sich das berühmte Werk: „Die Mittel- oder Mischmasch-Partei“ nicht auch auf jene Parteien erstrecken ließe. Wie wir hören, sind einige Koryphäen der Gouvernentalen sans phrase bereits mit einem Programm-Entwurf beschäftigt und werden sich demnächst bei Herrn Professor Virchow, Rickert, Eugen Richter und Herrn Sonnemann vorstellig machen. Was die Socialdemokraten betrifft, so will man warten, bis sie ihr drittes oder viertes Duzend im Reichstage beisammen haben.

— — — — —

Nach diesen Abschweifungen, welche uns sehr nahe gelegt wurden, suchen wir den Zusammenhang mit den früheren Darlegungen wieder auf. Wir blieben bei dem Gedanken stehen, daß Hilfe, wenn sie nützen soll, zur rechten Zeit und in rechter Weise gegeben werden muß.

Die Gesichtspunkte, von welchen aus der Herr Kanzler die socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse zu betrachten scheint, namentlich aber die praktischen „Entwickelungen“ seiner lang und viel gerühmten, „socialen Reformen“ können wir unmöglich billigen und glauben auch annehmen zu dürfen, daß die „Erfolge“ der bis jetzt praktisch gewordenen Kanzlerischen Reformen unsere Ansicht nur rechtfertigen.

Hier trennen sich eben die Wege des Fürsten Bismarck und seiner Gouvernentalen von den unsrigen. Er glaubt, es sei noch immer Zeit zu verlieren, und wünscht deshalb den Socialdemokraten ein „weiteres Duzend“ im Reichstage; wir hingegen behaupten: daß es die allerhöchste Zeit ist, und daß eine Hilfe für den Mittelstand, der in erster Linie die Fonds der stabilen Verhältnisse darstellt, wie sie schon vor vielen Jahren verlangt wurde, bereits nicht mehr ausreicht, indem er schon zu weit geschwächt und corrumpt ist, um mit sicherem Erfolge gegen die sich consolidirende social-revolutionäre Bewegung der großen Massen gestellt

zu werden. — Um **diese** zu bekämpfen, dazu gehören sehr verschiedene Mittel. — — — — —

Während man auf der einen Seite den Uebeln der Zerfetzung und Verminderung des Mittelstandes vorzubeugen hat (durch Gesetze, die einen Präventiv-Charakter besitzen), müssen zugleich Mittel zu seiner Stärkung in Anwendung kommen; und drittens — hierauf legen wir einen ganz besonderen Werth — ist es außer der Erhaltung des noch existirenden Mittelstandes nicht minder nothwendig, Vorsorge zu treffen, d. h. Gelegenheiten zu bieten, um in großer Menge mittelständische Existenzen zu gründen. — — — — —

Die socialen Fragen werden daher — wenn man sie auch niemals ihrem ganzen Umfange nach lösen kann — nur dann ohne gewaltsame Frictionen oder sociale, wirthschaftliche und politische Umwälzungen zu erzeugen, in ein Stadium der geordneten und friedlichen Weiterentwickelungen gebracht werden können, wenn man sie von den drei oben angedeuteten Gesichtspunkten aus behandelt. — — — — —

Hilfe von der einen oder andern Seite, und selbst von zweien zugleich, wird die verlangten Resultate nicht bringen, da es **ebenso nothwendig** ist, die **Ursachen** des Zerfalls möglichst zu heben, als die noch vorhandenen Faktoren in ihren Existenzbedingungen zu stärken und, wie bereits gesagt, drittens die gefährlichen Elemente der socialen Lagen dadurch zu vermindern, daß man ihnen hinreichend Gelegenheiten bietet, sich zu den besitzenden Klassen aufzuschwingen und hierdurch wieder den Mittelstand zu stärken. — — — — —

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Massen-Proletariat, hervorgegangen aus den längst bekannten, unendlich viel und breit besprochenen Ursachen, bereits eine Höhe und social-politische Bedeutung erlangt hat, die absolut wieder vermindert werden muß, wenn man selbst nur mit einigem Erfolge den social-revolutionären Strömungen entgegentreten will. — — — — —

Wir haben schon vor Jahren diesbezügliche Thesen aufgestellt, welche die Grundursachen der Uebel und deren Abhilfe klar legen. — — —

Mag es schwer, peinlich, ja selbst für Manche unmöglich erscheinen, auf Grund dieser Thesen die socialen Fragen einer praktischen Ventilation zu unterziehen, so können wir immer nur darauf erwidern: daß es keinen andern Weg gibt, und daß diejenigen, welche sie verwerfen, sich eben außer der Lage sehen, gegen die Consolidirung der socialen Revolution mit Erfolg anzukämpfen. Was sie auch vorbringen mögen, wird nie die

Bedeutung von Palliativ-Mitteln überschreiten. Wer die Thesen verwirft, wird nothgedrungen erst recht Pessimist werden und sich der verzweifeltsten Hoffnung hingeben müssen, welche sich allein noch auf die Bajonnette stützt. — — — — —

Daß aber einmal auch diese versagen werden, wenn die „Ursachen“ der Verletzung des Mittel- und Bauernstandes nicht zu beseitigen sind, darüber kann bei einsichtsvollen Leuten leider kein Zweifel mehr bestehen.

Eine Armee, deren Grundlage die „allgemeine Wehrpflicht“ bildet, ist ein Volksheer in der concretesten Bedeutung, und wird man es niemals vermögen, den Geist, der die breiten Schichten des Volkes beherrscht, aus der Armee zu bringen, was, wenn es nothwendig würde, ja unendlich traurig und verhängnißvoll wäre; denn ist der Gedankengang des Volkes und sind seine Auffassungen über den betreffenden Staat und die Gesellschaft von einer Art, der man innerhalb der Armee entgegentreten muß, so scheinen uns die Verhältnisse überhaupt schon so unglücklich zu liegen, daß die bekannte ultima ratio erst recht keine Bedeutung mehr hat. —

— Es kommt deshalb Alles darauf an, den Volksgeist in einer Weise zu nähren und zu bestimmen, daß man seinen Emanationen innerhalb des Heeres nicht allein nicht entgegentreten braucht, sondern ihn noch stärken und im militärischen Interesse fruktificiren kann. So war es in den Freiheitskriegen und im deutsch-französischen Kriege. Nur wo die Verhältnisse **dieser** Wechselwirkungen von Volks- und Soldatengeist bestehen, wo der Geist des Volkes einen concreten, und wenn man will, einen erhöhten und noch mehr geschlossenen Ausdruck in der Armee findet, kann man mit vollem Vertrauen der Zukunft entgegengehen und braucht die Zweischneidigkeit der „allgemeinen Wehrpflicht“ nicht zu fürchten.

In dem Grade demnach der Mittel- und Bauernstand gekräftigt wird, erhöht sich auch die Qualität der Armee, indem sie in physischer, wie moralischer Weise zunehmen muß. — — — — —

Unsere Thesen lauten:

1. In der Bildung von kleinen und mittleren Vermögen und deren Schutz vor den Ausbeutungen der „lukrativen“ Erwerbsarten liegt allein das Mittel zur Lösung der socialen Frage.
2. Die Resultate der heutigen Arbeit der Völker kommen vermöge der unzulänglichen Geseze fast nur den Vertretern der „lukrativen“ Erwerbsarten zu gute, wenn auch nicht immer schon in der ersten und zweiten, so doch stets in der dritten und vierten Hand. — Deshalb auch das rapide furchtbare Anwachsen des Großkapitals.

3. Die wenigen Vertreter der Geldaristokratie — Plutokratie — beherrschen die Arbeitskräfte, sie usurpiren deren Rechte und annectiren ihren Gewinn.
4. Der Wendepunkt ist eingetreten: entweder Reorganisation der Erwerbsarten behufs Ermöglichung von kleineren und mittleren Vermögensbildungen, „Neubegründung und Sicherung des Mittelstandes“, oder Revolution gegen die Ausbeutungen an den schaffenden und erwerbenden Kräften. Die Formel könnte auch heißen: „Arbeit gegen Schmarozkerthum“.\*)

Wenn man nicht helfen und eingreifen will, wo allein nur zu helfen ist, so soll man sich auch nicht den Anschein geben: als wollte man helfen. Glaubt man aber, auf ihn nicht verzichten zu können, so möchten wir auf die unerbittliche Logik verweisen, welche aus dieser Praxis resultirt. Sucht man den dringenden Anforderungen nur insoweit nachzukommen, um den Schein für seine Bereitwilligkeit zu retten, so hilft man natürlich auch nie in der Weise, wie sie den Verhältnissen angepaßt sein muß. Hierdurch fordert man aber förmlich das Urtheil heraus: daß man der Sache nicht gewachsen ist, oder nichts oder zu wenig von ihr versteht. Schlimmer noch würde das Urtheil lauten, daß man es nicht ehrlich meint und überhaupt nicht helfen will.

„Es geht, so lange es geht,“ würden die höchst weisen Staatsmänner sagen. Daß diesem Urtheil dann auf dem Fuße ein anderes Verdikt folgen müßte, dürfte kaum mehr frappiren. — — — —

Wer sich für diese Themas interessirt, und wer Beruf fühlt, über sie zu sprechen, oder wer über die Stellung, die wir seit vielen Jahren in der socialen Reformbewegung einnehmen, Urtheile fällen will, die nicht auf inhaltslosen Phrasen oder auf einer bemitleidenswerthen Unkenntniß beruhen, den müssen wir ersuchen, sich vorerst mit nachbenanntem Material etwas vertraut zu machen. Man kann doch unmöglich in ernsthafter Weise über den Antheil, den wir an der socialen Reformbewegung genommen, aburtheilen, bevor man ihn kennt. — — — —

\*) Der Ausdruck „Schmarozkerthum“ wurde bereits öfter von „sensiblen Leuten“ getadelt. Diese möchte ich jedoch an die „Kreuz-Zeitung“ verweisen, welche in Nr. 53 vom 1. März 1884 einen Artikel mit den Worten schließt: „daß es sich alles in allem um einen Act internationaler Nothwehr gegen ein unerträgliches Schmarozkerthum auf allen Gebieten handelt.“

Wir verweisen deshalb auf folgende Veröffentlichungen:

1. „Promemoria.“ \*)
2. „Die Ursachen der Entstehung und Weiterentwicklung der Socialdemokratie.“ Berlin 1880. (Friedrich Luckardt.)
3. „Ein Beitrag zur Lohn- und Arbeiterfrage.“ Berlin 1882. (Puttkamer und Mühlbrecht.)
4. „Der fünfte Stand und die Regierungen.“ Berlin 1884. (Ebendasselbst.) — In diesem Buche finden sich im Anhange die Programme und Verlangen für die drei Produktivstände.
5. „Denkschrift“ nebst den dazu gehörenden Referaten für die erste General-Versammlung der social-conservativen Vereinigung. Berlin 1881. (Max Schulze.)

### III. Abschnitt.

Um nun meinen jahrelangen Bestrebungen noch ein ganz besonderes Relief zu geben, lasse ich am Schlusse der Broschüre den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ folgen, welcher mich hauptsächlich bestimmt hat, in dieser Frage die Feder noch einmal zu ergreifen. Genanntes Blatt schreibt in seiner Morgen-Ausgabe vom 22. Februar No. 89 wörtlich:

„Die „Post“ hat neulich eine Besprechung der Broschüre „Gouvernemental und Konservativ oder die Partei „Bismarck sans phrase“ gebracht. Wenngleich der Verfasser derselben, der Freiherr v. Fechenbach-Laudenbach, im Laufe der letzten Jahre sich zum Vertreter jenes revolutionären Junkerthums entwickelt hat, welches unseres Erachtens der wahrhaft konservativen Richtung ebenso fernsteht wie irgend eine der anarchischen Parteien und gleich letzteren eine Gefährdung unserer monarchischen Institutionen involvirt, so haben wir das genannte Buch doch zur Hand genommen, in der Hoffnung, wenigstens einigen originellen Ideen zu begegnen. Diese Hoffnung hat sich bestätigt. Originell ist die Broschüre; aber das Neue in ihr ist so — naiv, daß wir nach

\*) Promemoria zur Sammlung aller christlich-conservativen Parteigruppen auf der Basis eines gemeinschaftlichen social-politischen Programms 2c. 2c. München 1880. Literarisches Institut von Dr. Max Guttler.

der ersten Probe sofort auf jeden weiteren Genuß verzichteten. Herr v. Fechenbach bezeichnet als Rettungsweg die Sozialreform unter dem Palladium der kaiserlichen Botschaft. Letztere bringt er aber in einen direkten Gegensatz zum Fürsten Bismarck. Der Reichskanzler hat die kaiserliche Botschaft kontrasignirt; aber nach der Fechenbach'schen Broschüre unter dem Zwange des kaiserlichen Willens; Herr v. Fechenbach denkt sich den Fürsten Bismarck gegenüber seinem kaiserlichen Herrn ungefähr so, wie Galilei vor dem Tribunal. Der Reichskanzler hat kontrasignirt; aber — Herr v. Fechenbach hat das Eppur si muove deutlich gehört.

„Es spricht sich in den Phantasien, welche die Broschüre enthält, eine so enorme Unkenntniß unseres politischen Lebens aus, daß es geradezu unbegreiflich ist, wie der Herr Verfasser auf den Gedanken hat kommen können, über politische Fragen zu schriftstellern. Es gibt nur ein Urtheil für die Broschüre: Si tacuisses!“

Der Artikel vom 19. Februar in Nummer 49 der „Post“ lautet: — „Berlin, 17. Februar. „Eine „zielbewußte“ konservative Politik“ ist bekanntlich das Ideal derjenigen, welche glauben, daß sie allein wahrhaft Konservative sind, und welche sich deshalb im Gegensatz zu allen setzen, die über den Begriff konservativer Politik überhaupt anderer Ansicht sind, als sie.

„Welches aber das bewußte Ziel dieser Politik sei, wird nirgends gesagt, sondern immer in Phrasen gehüllt. Nur soviel ist klar, daß ein Programm, welches streng monarchische Prinzipien, Achtung für die bestehenden Institutionen, schonendste Vorsicht bei allen Neuerungen, Achtung vor der Religion, kurz Alles, was anderwärts für ein vollkommenes konservatives Programm ausreichend gehalten wurde und alle Konservativen vereinigte, enthält, für nicht ausreichend angesehen wird, sondern daß es in demselben noch den weitesten Spielraum zu den allerheftigsten Kämpfen giebt, welche nothwendiger Weise die Gesamtheit der Konservativen auf das Aeußerste schwächen müssen.

„Konkret zeichnet sich dieses Zielbewußtsein in zwei Richtungen, einmal in dem Satze, daß die Konservativen durchaus unabhängig sein müssen, daß es grober Fehler sei, konservativ und gouvernemental zu verwechseln, und daß der eigentliche Feind des Konservatismus die Mittelparteien seien.

„Diese Gedanken, welche seit einer Reihe von Jahren in gewissen konservativen Blättern unter dem Beifall von Radikalen und Ultramontanen ventilirt werden, hat der in der letzten Zeit oft genannte Freiherr

von Fechenbach=Laudenbach in einer Broschüre\*) mit einer so naiven, vor der letzten Konsequenz nicht scheuenden Deutlichkeit ausgesprochen, daß er nur den Beifall der Ultramontanen findet, in den conservativen Kreisen aber einen nicht geringen Schrecken hervorgerufen hat, welcher sich sogar zu einem, wenn auch gelinden, Proteste verdichtet.

„In der Annahme“, so fängt die Broschüre des genannten Freiherrn, die an einen nur als Landgerichtsrath bezeichneten Ungenannten gerichtet ist, an, „daß die Fortschritts- und Volkspartei (Demokraten), wie selbst die Socialdemokraten einer zielbewußten conservativen Politik gefährlicher seien, als die Nationalliberalen und, was ganz das Gleiche sagen will, als die Freikonservativen (Deutsche Reichspartei), besteht eben der große verhängnißvolle Irrthum vieler Konservativen.“

Das Wörtchen „eben“ ist nicht etwa ein Druckfehler, sondern es charakterisirt nur den saloppen Stil der ganzen Broschüre, in welcher Dinge vorgetragen werden, deren Originalität nur in der manchmal bis zur Rohheit gesteigerten Ungenirtheit des Ausdrucks liegt.“

„An einer andern Stelle heißt es (der Herr Verfasser bringt es nämlich fertig, auf 36 Seiten sich immerfort zu wiederholen):

„Wenn Ew. Hochwohlgeboren die Stärkung der Mischmaschpartei als das kleinere Uebel, die der Fortschritts- und demokratischen Partei aber als das größere betrachten, so haben Sie die volle Wirkung, welche der Liberalismus auf Staat und Gesellschaft bisher geäußert, nicht genügend beachtet. Um die von Ihnen bezeichneten „größeren“ Uebel, zu welchen Sie doch auch sicher die Socialdemokratie rechnen, mit Erfolg zu steuern, muß die Mischmasch-Partei vollständig unschädlich gemacht werden. Ihre Politik übt auf das Deutsche Reich eine geradezu blutvergiftende Wirkung aus, indem sie die Anwendung aller durchgreifenden socialen und wirtschaftlichen Reformen verhindert und auch der Wiedererlangung des religiösen Friedens, der durch die Politik der Maigesetzgebung gebrochen wurde, gerade so entgegensteht, als den nothwendigen Gleichgewichts-Verhältnissen in der Gesellschaft, die vor Allem wiedererlangt oder neu geschaffen werden müssen, wenn die revolutionären Strömungen verringert, event. beseitigt werden sollen.“

„Weshalb nun aber Fortschritts-, Volkspartei und Socialdemokratie weniger gefährlich sein sollen, als die Mittelpartei, das erklärt Herr von Fechenbach auch nicht mit einem Worte, weil er zu sehr von dem Beweise in Anspruch genommen ist, daß Conservative heut zu Tage nicht gouvernemental sein dürften, zu welchem Zweck er den Reichskanzler und

\*) „Gouvernemental“ und „Conservativ“ oder die Partei „Bismarck sans phrase“. Zweite Auflage. Osnabrück 1885. (Bernhard Wehberg.)

dessen Politik in einem Tone schildert, dessen Cynismus wohl nur von Radikalen und Ultramontanen erreicht worden ist:

„Die Bismarck'sche Regierung hat weder ein Programm, noch vertritt sie, von den allgemeinen monarchischen Prinzipien selbstverständlich abgesehen, bestimmte politische Prinzipien, und man wird selbst vergeblich nach einem System suchen, um genauere Anhaltspunkte für sie zu gewinnen. Nur bei Regierungen, die auf dem Boden politischer Prinzipien stehen und ein bestimmtes System vertreten, kann es überzeugungstreue „Gouvernementale“ geben; die „Bismarck'schen“ hingegen haben die Wandlungen der Regierung stramm mitzumachen, ihre persönliche „Politik“ ist die, keiner politischen Richtung anzugehören, und können sie nur unter Bekämpfung ihrer persönlichen politischen Neigungen das von ihnen verlangte Opfer auf sich nehmen; andernfalls würden sie in die ärgsten Kollisionen mit ihrer Ueberzeugung und ihrer Ehre gerathen.

„Was nun gar das „Gewissen“ eines ächten Gouvernentalen betrifft, so kann es unter Umständen in einer Weise alterirt werden, daß für ihn nur die Alternative besteht: entweder gouvernemental und gewissenlos zu sein oder dem Dienste der jeweiligen Regierungspolitik mit reinem Gewissen zu entsagen.

„Betrachten wir die Wandlungen der Bismarck'schen Politik, so ist leicht ersichtlich, was ein echter Gouvernentaler in einem verhältnißmäßig kurzen Zeitraume alles sein und treiben mußte:

„Conservativ bis 1866, liberal, manchesterlich, kulturkämpferisch bis 1878, conservativ, schutzzöllnerisch und gemäßigter Kulturkämpfer bis 1882, und nun wieder liberal und offener Kulturkämpfer.“

„Diese Schilderung enthält dadurch noch einen besonderen Werth, daß Herr v. Fechenbach früher ein Gegner der Ultramontanen, jetzt deren Freund ist und über den kirchenpolitischen Streit ganz in dem von der Germania eingeführten und approbirten Tone urtheilt, als ob derselbe nichts weiter gewesen sei und noch sei, als ein angriffsweiser Kampf gegen die Kirche, der theils in religiösem Indifferentismus, theils im Haß gegen das positive Christenthum wurzelt.

„Es würde zu weit führen, Alles, was Herr von Fechenbach an Beleidigungen gegen die „Mischmaschpartei“ zusammenträgt, zu wiederholen oder gar zu beleuchten und zu widerlegen. Es ist ein hohles Gepolter, eine Carrikatur jeder vernünftigen und ernstesten Politik. Was soll man z. B. von dem folgenden Satze sagen:

„Wenn daher die Conservativen die Regierung des Fürsten Bismarck unterstützen sollen, so muß er auch eine Politik lanciren, welche von ihnen auf Grund ihrer Prinzipien unterstützt werden kann; denn auf bloße Diskretion hin unterstützt kein ausländiger Politiker eine Regierung. Wie nur der dem Wucher bereits Verfallene Blanko-Accepte unterschreibt, so fügen sich auch nur politische Streber einer Politik auf Diskretion.“

„Nun was hat denn die conservative Partei vom Jahre ihres tiefsten Sturzes 1862 gethan, als die Regierung des Königs „auf bloße Discretion“ unterstützt? Was Herr von Fehrenbach den „anständigen Politikern“ empfiehlt, haben damals die Virchow's und Genossen, die Fortschrittler gethan, die diesem Ministerium keinen Groschen bewilligten und Alles, was in ihren Kräften stand, thaten, um die große Politik des Ministeriums unmöglich zu machen.

„Nachdem Herr von Fehrenbach sich gegen die Mischmaschpartei und gegen den Kanzler ausgetobt, weist er auf den Rettungsweg hin, die Socialreform unter dem Palladium der Kaiserlichen Botschaft, die er in einen direkten Gegensatz zu dem Fürsten Bismarck stellt, als ob dieser nicht einen Antheil daran gehabt, als ob er dieselbe nicht contrasignirt und als ob er nicht schließlich in dem Werke der socialen Reform mehr als alle Parteien zusammen gethan hätte.

„Herr von Fehrenbach freilich entblödet sich nicht, mit den Jesuiten und den Socialdemokraten Arm in Arm zu gehen. Daß die Socialreform das ernste ehrliche Zusammengehen aller staatserkhaltenden Elemente verlangt, daß Schwarmgeister, welche immer weitere Ziele aufstecken, die schlimmsten Feinde des Fortschrittes sind, davon hat Herr von Fehrenbach keine Ahnung oder will keine haben.

„Selbst dann, wenn Alles ehrlich zusammenarbeitet, ist es noch zweifelhaft, ob das Werk gelingt:

„Es ist keineswegs undenkbar“, sagt ein Mann, der allerdings thurmhoch über der Reichthigkeit des Herrn von Fehrenbach steht, der Kanzler Rümelin, „daß die wachsende Komplikation gesellschaftlicher Zustände, die mit der Volkszahl stetig steigende Erschwerung des Erwerbslebens, die Kollisionen des freien Individualismus mit den überlieferten Ordnungen sociale Aufgaben stellen, hinter deren Größe die sittlichen Leistungen zurückbleiben.““

„Diese sittliche Leistungsfähigkeit steigert eine Pamphletschreiberei, wie diejenige des Freiherrn von Fehrenbach sicherlich nicht.“

Der „Post“ antwortete ich im zweiten Blatte der „Augsburger Postzeitung“ vom 13. März h. J. Nr. 60 wie folgt:

#### **An die Adresse des Organs der „Berufs“-Gouvernementalen.**

„Erst durch Nummer 85 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Morgenblatt) erhielt ich Kenntniß von der Besprechung meiner Broschüre „Gouvernemental“ und „Conservativ“ Seitens der „Post“. Auf das Organ der „Partei der inneren Widersprüche“ und des „Mischmasch par

excellence“ habe ich natürlich schon lange nicht mehr abonniert. In Anbetracht der hinlänglich bekannten Bedeutung der „Post“ dürfte eine dießbezügliche Entschuldigung überflüssig erscheinen. Daß sich das Blatt, als Organ der „Berufs“-Gouvernementalen gegen Beschuldigungen wendet, die ich in der Broschüre an die Adresse derjenigen Conservativen gerichtet habe, welche an Schwäche-Zuständen chronischer und akuter Art leiden, ist an sich schon sehr komisch und illustirt in Makart'schen Farben die eigenthümliche Weise, in welcher die „Post“ die Honneurs im eigenen Hause zu machen versteht. Trotz der großen Vorsicht, die das Blatt bei seiner Besprechung für nothwendig hielt, stolperte es dennoch in einige Schlingen, wovon ich wenigstens zwei etwas zuziehen möchte. Die „Post“ sagt: „ich hätte gegen den Kanzler „getobt“. Warum führt sie diese Stellen nicht an. Wenn ich wirklich „getobt“ hätte, würde das Blatt mit Genugthuung die Sätze gebracht haben. Ich gebe zu, daß ich Manches gesagt habe, was dem Herrn Kanzler gegenwärtig nicht sehr angenehm gewesen sein mag, aber ich schreibe auch nicht als Lohnschreiber, der heute loben muß, was er gestern nicht streng genug verurtheilen konnte. Ich schreibe auf Grund von Thatfachen und soll sich die „Post“ vor Allem mit diesen beschäftigen, bevor sie Urtheile fällt, die schwachsininig und falsch sind. Ich erklärte eigens, daß es die Pflicht der Conservativen sei, dem Herrn Kanzler unverhohlen die Wahrheit zu sagen, wie es sich für unabhängige, selbstständige Männer ganz besonders geziemt und füge noch bei, daß Leute, welche sie Anderen nicht vorenthalten, gewöhnlich deren Feinde nicht sind.

„Meine Broschüre ein Pamphlet zu nennen, ist eine ganz abgeschmackte Verleumdung und fordere ich die „Post“ auf, nun mein Urtheil als unrichtig zu erweisen. Ich citire nachstehende Stellen aus der Broschüre, um den Beweis für die Verleumdung zu geben. Auf Seite 23 steht: „Aus der Beleuchtung der verlangten Partei „Bismarck sans phrase“ soll aber keineswegs gefolgert werden dürfen, daß Umstände ausgeschlossen seien, welche den Conservativen die vollste Unterstützung der Bismarck'schen Regierung möglich machten.“ Weiter heißt es: „Und auch jetzt noch wünschen die Conservativen kaum etwas sehnlicher, als vereinigt mit dem Hrn. Kanzler — ja auch sicher sehr gern unter ihm — den socialen und wirthschaftlichen Reformen Gesetzeskraft zu verschaffen und der großen Kaiserlichen Botschaft endlich in praktischer Weise näher zu treten.“ Auf Seite 25 ist gesagt: „Wie dieses Schreiben, so werden auch die weiteren nur von den Intentionen geleitet sein, durch die klaren und bestimmten Darlegungen der Aufgaben, welche den Conservativen als

staats-erhaltenden Elementen erwachsen, Kaiser und Reich zu dienen. Ich habe selbst etwas Hoffnung, daß Fürst Bismarck diese Intentionen anerkennt und soweit, als es seine Nervosität gegen Widersprüche überhaupt zuläßt, ihnen gerecht werden wird, denn er kann doch unmöglich den Glauben haben, daß der Patriotismus der Deutschen in ihm personificirt zu sein habe und nur durch ihn und unter ihm culminiren könne. Ferner traue ich dem Fürsten Bismarck auch soviel objectives Urtheilsvermögen zu, daß, wenn er aus sich herausgeht und sich in die Lage der übrigen 45,999,999 Deutschen versetzt, somit nicht blos als Reichskanzler urtheilt, wozu er viele Jahre Gelegenheit hatte, die er, wie wir wissen, auch sehr „freimüthig“ benutzte, er mein Urtheil über Conservatismus und Gouvernentalismus wenigstens nicht unbedingt verwerfen wird. Fürst Bismarck ist nur durch ein Heer ganz verächtlicher Schmeichler nicht zu seinem und des Reiches Wohl verwöhnt worden, und wenn ich jene meide und tief verachte, so bin ich doch weit entfernt, die großen Eigenschaften, die der Fürst besitzt, und seine unsterblichen Verdienste in der äußeren Politik zu unterschätzen.“ Im Vorwort zur zweiten Auflage kommt folgende Stelle vor: „Den in der Broschüre gestellten Fragen an die Adresse des Fürsten Bismarck möchte ich hier noch **die** anreihen, ob wohl der Fürst schon die Frage in dem ganzen Umfange ihrer immensen Bedeutung erwogen hat, die in dem Augenblick „brennend“ wird, als er die Augen schließt? Ein Mann, der bereits über ein gewöhnliches Menschenalter hinaus einem Staate dient, dann an die Spitze desselben und später sogar an die eines Reiches gestellt wurde, der in treuester Hingabe für seinen Monarchen und zur Wohlfahrt einer großen Nation seine besten Kräfte stets geopfert hat, der muß sich schon die Fragen vorgelegt haben: Wie wird es wohl nach meinem Tode werden? Welche Erbschaften hinterlasse ich meinen Nachfolgern? Welche Grundlagen habe ich geschaffen und welche Bürgschaften für Ruhe, Ordnung und Zufriedenheit werde ich hinterlassen? Ein Mann, der wie Fürst Bismarck gelebt und gewirkt hat, dessen Tod hat eine Bedeutung! die wohl am besten noch während seines Lebens erwogen werden dürfte und zwar am allerbesten — — — von ihm selbst. Noch sehen wir keine genügenden Bürgschaften, welche Hoffnungen auf eine gedeihliche, geordnete Entwicklung unserer socialen und wirthschaftlichen Verhältnisse gewähren, und noch weit weniger ist eine Zuversicht gestattet, welche die zur Zeit herrschende Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit rechtfertigen könnte. Wenn nicht alle Zeichen der Zeit trügen, so gehen wir sehr gewaltjamen „Auseinandersetzungen“ entgegen und **diese** zu verhüten, ihre Ursachen mög-

lichtst zu beseitigen, **darin** erblicken wir unsere erste und größte Aufgabe. Auch nur von diesen Gesichtspunkten aus sollen die Interpellationen an den Herrn Reichskanzler aufgefaßt und beurtheilt werden.“

„Erinnert diese Sprache an einen „Pamphlet“-Schreiber? Wird nicht jeder Mensch, der ein „ehrliches“ Urtheil abgeben will, sich sagen müssen: die „Post“ hat verleumdet? sie mußte die Unwahrheit schreiben, um die Broschüre ein Pamphlet zu nennen? Ich verwahre mich ganz entschieden davor, ein Pamphlet gegen den Herrn Kanzler geschrieben zu haben und wenn die „Post“ meine Broschüre so nennt, so fehlt ihr das nöthige Auffassungsvermögen für ganz einfache Begriffe oder sie sagt mit Bewußtsein Unwahrheiten. —

„Die zweite Schlinge, in welche das Organ der „Berufs“-Gouvernementalen geschlüpft ist, betrifft die Bemerkung, welche es in Hinsicht der Kaiserlichen Botschaft machen zu müssen glaubte. Die „Post“ sagt: „**ich** hätte den Kanzler in direkten Gegensatz zur Kaiserlichen Botschaft gesetzt und doch habe er einen Antheil an ihr, er habe sie contrasignirt und endlich an dem Werk der socialen Reform mehr als alle Parteien zusammen gethan.“

„Welche Logik? welch naiver Unsinn? Wenn der Kanzler die Botschaft contrasignirt hat, so ist das ein Act für sich gewesen, es war nur der Anfang der That, es war der Willensausdruck: sociale Reformen zur Durchführung zu bringen.

„Was aber die **Behandlungen** der Fragen betrifft, aus deren Lösung die socialen Reformen hervorgehen sollen, so haben wir eben hier Erlebnisse zu registriren, auf deren Grund wir zu allen Vorwürfen berechtigt sind, die wir gegenüber dem Fürsten Bismarck erheben. Will sich die „Post“ nicht zufrieden geben, so werde ich sehr bestimmte direkte Fragen stellen und dann eine Bilanz ziehen, welche sie nicht umstoßen wird. Wir können Niemand zwingen, für durchgreifende sociale und wirtschaftliche Reformen, welche geeignet sind die Uebel zu beseitigen, die von der „Post“ lange genug geleugnet worden sind, einzutreten, was wir aber können, das ist, daß wir Allen die Larven herunterreißen, welche die Situation absichtlich verwirren, und aus Kurzsichtigkeit oder schnödem Egoismus mit den gedachten Reformen nur Humbug treiben wollen. Um wieder auf den Fürsten Bismarck zu kommen, von dem wir hier nicht gesprochen haben, was namentlich der „Post“ gegenüber ausdrücklich betont sein soll, so können wir die Bemerkung über den Nachlaß der Begeisterung des Herrn Kanzlers für die socialen Reformen nicht unterdrücken. Je länger man den Fürsten Bismarck bei der „Arbeit“

der socialen Reformen beobachtet, je bestimmter werden die Eindrücke, daß sein Glanz für sie sehr abgenommen hat und er sie jetzt vielleicht nicht mehr proklamiren lassen würde. Mag dem nun sein wie ihm wolle, so kann ich mich doch auch nicht ganz dem Eindrücke entziehen, als wäre der Herr Kanzler durch die Emphase, mit welcher die Gouvernentalen sans phrase vor Jahren die „Bismarckischen socialen Reformen“ ankündigten und behandelten, etwas „festgenagelt“ worden, was bei einem Manne, der erst neulich wieder im Reichstage mit großer Lebhaftigkeit von dem Wechseln der Standpunkte sprach und neue Ueberraschungen gar nicht in Abrede stellte, immerhin als etwas unbequem empfunden werden dürfte. Ich fürchte immer, daß der Herr Kanzler durch „seine“ Colonial-Politik „seine“ socialen Reformen zu sehr in den Schatten stellen wird. Wer hinderte ihn überhaupt die Jahre hindurch die kaiserliche Botschaft mehr zu fructificiren, als es geschehen ist? Wie es aber den Anschein hat, will der Herr Kanzler sie in concreter Weise gar nicht fructificiren, denn sonst hätte er die an der Wand bereits zerdrückten Nationalliberalen nicht durch seinen Odem neu belebt.

„Die Contrasignirung der kaiserl. Botschaft und deren Uebertragung in das praktische Leben, somit die Art und Weise ihrer Verwirklichung, ist für alle Leute, die außerhalb der Gedankenkreise der „Post“ stehen, doch nicht ein und dasselbe. Wenn das logische Organ der „Berufs“-Gouvernentalen dann noch sagt: „der Kanzler hätte an dem Werke der socialen Reform mehr als alle Parteien zusammen gethan,“ so ist diese Behauptung so entsetzlich albern, daß man sich zu sehr degradiren müßte, um hier noch ferner mit der „Post“ streiten zu können; ihr Standpunkt ist hier zu tief unter dem Niveau einer möglichen Diskussion.

„Wenn freilich alle anderen Parteien in Allem den „Berufs“-Gouvernentalen gleichen, dann allerdings hätte der Herr Kanzler „mehr“, als alle Parteien zusammen an dem Werke der socialen Reformen gethan.

„Wenn die „Post“ mich ferner zu den „Schwarmgeistern“ rechnet, so hat das Organ des „seichtesten“ Opportunismus hierdurch abermals bewiesen, daß sein Wissen sich nicht über die Höhe des Inhalts eines ganz einseitigen Conversations-Vexikons erhebt.

„Die „Post“ rechtfertigt immer mehr den Eindruck: daß sie am liebsten von dem spricht, was sie nicht versteht und nicht kennt.

„Was ich als „Schwarmgeist“ mit meinen Freunden seit dem Jahre 1876 verlange, hat während dieser Zeit theils Gesetzes-Kraft erlangt, theils beschäftigt man sich mit diesen Postulaten in den gesetzgebenden Körpern und im Bundesrathe, und was unsere weiteren Verlangen betrifft,

so werden sie in nicht gar langer Zeit auch von Kreisen in Erwägung gezogen werden, in welchen die „Post“ ganz sicher keine „Schwarmgeister“ erblicken wird. Meine Worte: „Entweder durchgreifende sociale und wirtschaftliche Reformen oder die sociale Revolution,“ scheinen dem feuilletonistischen Geiste dieses Blattes eben unverständlich zu sein. —

„Was nun die weitere Meinung der „Post“ betrifft: ich ginge mit Jesuiten und Socialdemokraten Arm in Arm, so sei erwidert, daß ich es nur als eine Ehre betrachten würde, mit Jesuiten Arm in Arm zu gehen, mit Leuten, welche „thurmhoch“ über der „Post“ und ihren Hintermännern stehen, mit Leuten, denen kein Opfer zu hart ist, das sie ihrer Ueberzeugung und ihrem Glauben zu bringen haben und deren Verschulden darin besteht, daß sie gescheidter als ihre fanatischen Verfolger sind. In der Schule der Jesuiten lernt man ganz besonders die Gedanken auch ausdenken, eine Praxis, welche im allgemeinen genommen, in der heutigen Zeit immer weniger beobachtet wird.

„Was nun noch die Socialdemokraten anbelangt, so sollte die „Post“ sich hier ganz besonders vorsichtig ausdrücken, denn es scheint mir auf Grund bekannter Thatsachen denn doch sehr gewagt, durch derlei Redensarten auf eine gute Censur zu hoffen. Ganz flüchtig sei nur bemerkt, daß nicht ich den Polizei-Präsidenten von Magdeburg erklären ließ: es wären zehn Socialdemokraten angenehmer, als wie ein „Deutschfreisinniger“, daß nicht ich nach Frankfurt telegraphirte: „Lieber Sabor als Sonnemann“, und daß nicht ich, sondern der Herr Kanzler im Reichstage erklärte: „er stände den Socialdemokraten gar nicht so feindlich gegenüber“, daß aber auch nicht mir, sondern dem Fürsten Bismarck der officielle „Dank“ der Socialdemokratie durch Herrn v. Bollmar ausgedrückt worden ist, und wieder nicht ich, sondern der Vize-Präsident des preuß. Staats-Ministeriums, Minister v. Puttkamer, in der letzten Legislatur-Periode des Reichstages den „gesunden“ Kern der Socialdemokratie officiell anerkannt hatte. Zum Schlusse soll nur noch bemerkt werden, daß ich alle Stellen, die ich gegen die „Gouvernementalen sans phrase“ geschrieben, für die „Post“ als unterstrichen betrachtet wissen möchte.

Freiherr v. Fetschenbach-Laudenbach.

Dresden, den 22. Februar 1885.“

## Schlufwort.

Wer meine Brofchüre: „Gouvernemental“ und „Conſervativ“ zc. geſehen, wird Kenntniß von der äußerst mißlichen Lage genommen haben, die mir innerhalb der conſervativen Partei durch die Veränderlichkeit des Fürſten Bismarck und die Schwäche der Conſervativen bereitet wurde.

Als im Jahre 1882 die Lockruſe für die Bildung einer Mittel- oder Miſchmaſch-Partei erſchollen, ſing es innerhalb der conſervativen Partei auch ſofort zu gähren an; aber der Glaube an die Nothwendigkeit der Durchführung der ſocialen und wirthſchaftlichen Reformen, ſowie die Ueberzeugung, daß die Beendigung des Kulturkampfes und der Friede mit den Katholiken und ihrer Kirche zu den Poſtulatzen der Conſervativen gehörten, waren noch ſo ſtark, daß die Lockruſe zur Bildung einer Mittelpartei, die man ſich in vielfacher Beziehung nur im Gegenſatze zur conſervativen Partei denken konnte, ohnmächtig verhalten mußten. Immerhin wiſſen die Führer der Conſervativen und überhaupt Alle, welche einen thätigen Antheil an der Partei-Politik genommen, daß es nicht an Elementen fehlte, die ſofort zu Gunſten einer Mittelpartei die conſervativen Reihen verlaſſen hätten. Wir waren Alle einig darüber, daß der Herr Kanzler nur deutlich zu winken brauche, um jene „ſtrebenden“ Elemente augenblicklich für den Abmarſch zu beſtimmen. Da kamen die ſchönen, lichtvollen Tage von „Heidelberg“, und es wurde ſofort lebendig im Lager der Conſervativen. Die nationalliberalen Organe ſchwärmten von den „neuen Idealen“ ihrer Partei, worunter ſie merkwürdiger Weiſe „Ideen“ verſtanden, welche die Conſervativen von den Social-Conſervativen übernommen hatten und mit dem Centrum ſeit Jahren ſchon in und außer den geſetzgebenden Körpern vertraten. Die ganze gouvernementale Preſſe, ihr voraus die „Norddeutſche Allgemeine Zeitung“, plaidirte für die Mittelpartei und rieth den Conſervativen . . . . Enthaltſamkeit. Die gouvernementalen Rathſchläge gingen ſelbſt ſoweit, daß den Conſervativen nahe gelegt wurde, bei den kommenden Reichstagswahlen gleich im erſten Wahlgange für die Nationalliberalen zu ſtimmen, und zwar ſelbſt in Kreiſen, wo ſie ſicher waren, über mehr Stimmen zu verfügen, als wie

diese. „Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“ wehrten sich noch tapfer und drangen darauf, im ersten Wahlgange unbedingt nur einen Conservativen zu wählen, dann aber zu sehen, welche Partei-Constellationen sich ergeben würden. Alle Anstrengungen der wirklichen, der überzeugungstreuen Conservativen vermochten jedoch nicht, jene „strebenden“ Elemente aufzuhalten, die denn auch mit fliegenden Fahnen und Sack und Pack in das Lager der Mischmascher zogen, eifrigst bemüht, für die Nationalliberalen zu wirken, welche wieder „ganz modern“ geworden seien. Es entwickelten sich geradezu widerliche, ja selbst ganz abscheuliche Bilder; innerhalb der conservativen Partei schien die Luft sehr gereinigt zu sein; die „Intelligenzen“, die uns Fürst Bismarck durch seine „Befehung“ von anno 1878 gebracht, sie zogen auch wieder mit ihm ab; die, welche nicht oft und nicht lang genug die „große“ Bismarck'sche Socialreform besingen konnten, gerade sie waren wieder die Ersten, welche ihr Hindernisse bereiteten und mit aller Macht an dem Nagel zogen, durch welchen sich der Herr Kanzler mit wuchtigen Schlägen selbst angenagelt hatte. Bei diesem Unternehmen verließen sie aber die Kräfte, denn Fürst Bismarck ist und bleibt an „seinen“ socialen Reformen so lange angenagelt, bis er seine feierlichen Worte, die er vor der ganzen Nation wiederholt gab, eingelöst, und bis er der Kaiserlichen Botschaft entsprochen hat, von welcher sich der Kanzler in Betreff der Handwerker — und Arbeiterfrage, sowie in Bezug auf die christliche Sonntagsheiligung\*) am weitesten entfernte. Die „strebenden“ Elemente mögen an ihrem Kanzler reißen, so lange und so stark sie wollen, sie bringen ihn hier doch nicht los. —

Inzwischen wirkte der unter einer ganz falschen Flagge gesammelte sogenannte „conservative Preßfond“, gegen welchen seiner Zeit „Kreuzzeitung“ und „Reichsbote“ sich sehr bestimmt verwahrten, und der für die wirklich conservative Presse in Risten mit doppelten Schlössern lag, sehr merklich. Man hatte zur Zeit seiner Entstehung die Naivetät, auch mich zur Theilnahme aufzufordern, und glaubte, durch die Mittheilung besonders zu reizen, daß auch „er“ 50,000 M.\*\*\*) dazu gegeben. Selbstverständlich wies ich dieses Verlangen ab, wie denn so manche

\*) Geheimrath Lohmann erklärte in der Commission: der Herr Reichskanzler habe die Sonntagsruhe „nur“ vergessen, zurückgesetzt sei sie nicht. Als aber Fürst Bismarck selbst auf sie zu sprechen kam, erfuhr man deutlich genug, welche Bedeutung man dieser „Entschuldigung“ beizulegen habe. Inzwischen haben auch die vom Herrn Kanzler interpellirten Arbeiter geantwortet und sich für die Sonntagsruhe ausgesprochen, ebenso die Berliner Commis und Handlungsdiener.

\*\*) woraus?

andere auch; aber leider gab ich immer noch viel zu viel für Zwecke, welche oft nur fingirt waren oder merkwürdige Wandlungen erfuhren. Kurzum! ich konnte eine große Veränderung an gerade nicht wenigen Organen der conservativen Presse wahrnehmen, und bieten meine Mappen manche recht interessante Erklärungen und Entschuldigungen. War im Anfange und im ersten Verlaufe der „Heidelberger“ Aera nur die „leichte“ Waare flüssig geworden, so fing es doch später, und namentlich zur Zeit der Reichstags- und Landtags-Verhandlungen auch bei der „schweren“ sehr merklich zu gähren an, obgleich die Ursachen — was ich offen und rückhaltslos bezeuge — ganz andere waren, als sie den „strebenden“ Elementen zu Grunde lagen. Während diese überhaupt weder Glauben noch Treue haben und sich nur von ihrem persönlichen Vortheil bestimmen lassen, fiel es jenen sehr schwer, zu der Schwenkung des Herrn Fürsten Bismarck freundliche Gesichter zu machen. Die Angst, nun statt der Nationalliberalen an die Wand gedrückt zu werden, oder in den entsetzlichen Verdacht zu kommen, dem Centrum Heeresfolge zu leisten, das waren die Gründe der „starken“ Conservativen, als sie dem Herrn Kanzler mit einem erzwungenen Lächeln begegneten und die Windthorst'schen Anträge, denen sie noch im vorigen Jahre zugestimmt hatten, verwarfen. Theils ganz dieselben, theils ähnliche Motive dienten den Conservativen des Reichs- und Landtages als Basis ihres Verhaltens während der ganzen Dauer der Verhandlungen. Ihr Leistern blieb Fürst Bismarck, trotz der Schwenkung, die er vom Jahre 1882 an unternommen; sie fügten sich ihm, obgleich sie genau wissen, daß der Kanzler sie geschwächt hat, daß er sie als selbstständige Partei ruiniren will und ihren Elementen auf dem Schachbrette seiner Politik nur nach seinem Ermessen Bewegung erlaubt. Eine solche Selbstverleugnung wäre schön, edel, bewunderungswürdig und im hohen Grade patriotisch, wenn ihr Zweck in der Erreichung großer Ziele läge, wenn er der Wohlfahrt und Sicherheit des Vaterlandes entspräche, wenn es sich bei ihm um die Macht nach Außen und um die Ruhe und den Frieden im Innern handelte, wenn er in der Fruktificirung der großen kaiserlichen Botenschaft läge. Wenn es sich um solche Ziele handelt, und die Regierung sich anschickt, sie offen und bestimmt zu verfolgen, so wäre eine Opposition gegen sie gerade so verwerflich, als sie im entgegengesetzten Falle natürlich und nothwendig ist. Eine Opposition gegen die eigene Lahmlegung zu perhorresciren, obgleich man doch weiß, daß man seine Prinzipien zur Zeit nur durch eine Opposition vertreten kann, das sollte doch am allerwenigsten im „politischen“ Leben möglich sein. Schon diese Reflexion allein müßte den

„Deutsch“-Conservativen klar machen, **wohin** sie gekommen und **was** sie geworden sind. Eine Partei, die ihre Enthaltjamkeit und Selbstverleugnung bis auf diese Linie erweitern kann, hört ganz von selbst auf, noch eine **selbstständige** politische Partei zu sein. Sie vertritt und bekämpft nur nach den Befehlen der Regierung. — — — — —

Und so sehen wir denn auch, wie die „Deutsch“-Conservativen mit dem Fürsten Bismarck centrumsfreundlich und centrumsfeindlich, wie sie energische oder gemäßigte Social-Reformer sind, und wie sie bei allen anderen Fragen, selbst wenn diese für sie noch sehr Prinzipienfragen darstellen, sich nur nach den Wünschen des Herrn Kanzlers richten, gleich den „guten alten Türken“, welche ihre Ergebenheit durch Selbstaufknüpfung mittelst der ihnen zugesandten seidnen Schnur beweisen. Daß eine solche Partei ganz außerordentlich elastisch ist, daß in ihrem Busen alle möglichen Partei-Embryone schlummern, welche nur die Strahlen der „mächtigen Sonne“ bedürfen, um sich sofort zu entwickeln, das wird niemand bestreiten wollen; aber ebenso sicher ist: daß eine solche Partei sich auch nicht in der Lage befindet, frei, offen und bestimmt die Interessen derjenigen Volkstheile zu vertreten, von welchen sie ihre Mandate erhielt. Wenn die „Deutsch“-Conservativen fortfahren, nur Gouvernementeale sans phrase sein zu wollen, ohne daß sie dabei ein unehrliches, unwürdiges Spiel beabsichtigen und sich Bauernfängerei zu Schulden kommen lassen wollen, was ich bei ihnen auf keinen Fall voraussetze, so müssen sie auch soviel moralischen Muth haben, um officiell **das** zu sein, was sie in Wirklichkeit sind. Wenn sie ohne Maske vor das Volk treten, wenn sie ehrlich und offen sein wollen, dann müssen sie, wie es ein ehrlicher Landrath aus der Provinz Sachsen bereits gethan hat, ihren Wählern kurz und bündig erklären: „daß ihr Programm auf dem Fürsten Bismarck beruhe, daß sie nur versprechen könnten, ihn in allen seinen Wünschen zu unterstützen.“ Mehr! können sie gar nicht versprechen, denn bekanntermaßen verspricht nur der Schelm **mehr**, als er halten kann. Geben die „Deutsch“-Conservativen als Gouvernementeale sans phrase diese Erklärung ab, so haben sie offen und ehrlich, ja selbst muthvoll gehandelt und setzen sich nicht der Gefahr aus, daß man sie eines falschen Spieles beschuldigt, und ihnen daselbe zugleich auch nachweist. Was dann noch ihre politische Eigenschaft als Gouvernementeale sans phrase betrifft, so mag das ganz **„ihre“** Sache sein, und sind wir die Letzten, welche über Geschmacksrichtungen Nergelien treiben. Finden sich unter den Wählern dann immer noch Leute, welche **„nur“** das wollen, was Fürst Bismarck will, so ist auch

hierüber nichts weiter zu sagen, und haben sie dann vollständig Recht, wenn sie Gouvernementale sans phrase wählen. Wir verlangen nur klare Situationen und gehen deshalb gegen die Bauernfänger vor, wo und wann wir sie finden.

Die Situationen, in welche die „Deutsch“-Conservativen gerathen, ohne daß sie offen ihr Bekenntniß als Gouvernementale ablegen, sind so peinlicher Art, daß nur ihre ärgsten Feinde sie von demselben abhalten können. Ihre Lagen, welche aus einer „Ergebenheit“ resultiren, wie die ihrige dem Fürsten Bismarck gegenüber ist, führen sie zu Widersprüchen, die jedenfalls innerhalb ihrer Reihen schmerzlich empfunden werden. So mag es sicher nicht für alle „Deutsch“-Conservativen leicht gewesen sein, sich durch eine Abstimmung in direkten Gegensatz zu einer königlichen Verordnung zu setzen, die an demselben Tage wieder in Erinnerung gebracht wurde, als die betreffende Abstimmung erfolgte. Nicht minder muß es peinlich gewesen sein, Anträge zu verwerfen, denen man im vorigen Jahre freudig zugestimmt hatte, und einen Antrag ohne die nöthige Unterstützung zu lassen, der früher aus den eigenen Reihen gestellt worden ist. — — — — —

Wenn es nun auch immer noch innerhalb der „deutsch“-conservativen Partei nicht an Männern fehlt, die theils ihre innere Unabhängigkeit, dann diese und die äußere wahren, so sind sie leider derart in der Minderzahl, daß sie gegenwärtig in der „praktischen“ Politik nicht mehr zur Geltung kommen. Sie **reiben** sich auf, sehen die Unmöglichkeit ein: unter den herrschenden Conjunkturen eine selbstständige, unabhängige, conservative Politik zu lanciren, und treten deshalb lieber zurück oder in diejenige Partei ein, welche die politische Erbschaft der freien, unabhängigen conservativen Partei in nicht gerade wenigen, und gerade in den Haupt-Punkten bereits angetreten hat. — — — — —

**Fürst Bismarck hat die conservative Partei zwar nicht an die Wand gedrückt, aber er hat sie ruinirt.**

Es gibt seit der neuen Schwenkung des Kanzlers keine „absolut“ conservative Partei mehr; seinem Absolutismus gegenüber haben die Conservativen „als Partei“ abgedankt; was wir unter dem Namen „conservative Partei“ vor uns sehen, ist eine politische Vereinigung, die **nur mit und durch** den Kanzler „conservativ“ ist, also **nur dann und insoweit**, als er conservative Emanationen gebrauchen kann, die seine Circel nicht stören. — — —

Mit anderen Worten gesagt: die Mehrzahl der „Deutsch“-Conser-

vativen ist leider wirklich gouvernemental geworden, sie lauft dem Kanzler nach, wohin er sie führt; sie besteht aus Figuren „feines“ Schachbrettes.

Meine vorige Broschüre war der letzte Kampf, den ich als „Mitglied“ der konservativen Partei gegen die Gouvernementalen unternahm; es war der letzte Versuch, die Konservativen zu sammeln und sie als eine absolut selbstständige, unabhängige Partei in die politischen Kämpfe, und wenn es sein mußte, auch gegen den Herrn Kanzler zu führen. —

Obgleich ich nun nicht wenige Zustimmung- und Anerkennungs-schreiben erhielt, mir auch die Freude zu Theil wurde, so manchem alten, treuen Gefährten in vollster Uebereinstimmung die Hände drücken zu können, so bleibt doch die traurige Thatsache: daß die Konservativen zur Zeit als **selbstständige, unabhängige** Partei vom politischen Schauplatze abgetreten sind, weil sie sich vom Fürsten Bismarck ruiniren ließen, dessen ungeachtet fortbestehen.

Aus diesen Gründen sehe ich mich nach langer und reiflicher Ueberlegung zu nachstehender Erklärung veranlaßt:

## Erklärung.

Wer die Entwicklung der politischen, religiösen, socialen und volkswirtschaftlichen Fragen im Reiche und in Preußen in den letzten Jahren aufmerksam verfolgt hat und zugleich die Stellungnahme der einzelnen Parteien im Reichs- und preußischen Landtage zu diesen Fragen unparteiisch zu würdigen bestrebt war, wird es begreiflich finden, daß jeder katholische Politiker, der mit innerer und äußerer Unabhängigkeit am öffentlichen Leben theilhaftig sein kann und will, sich gedrängt fühlen muß, der Centrums-Partei beizutreten. Muß schon jeder gläubige Christ und wahrhaft Conservative es einräumen, daß die Grundzüge des Christenthums und die Rechte der anerkannten christlichen Confessionen nur im Schooße des Centrums ihre volle Würdigung finden, daß die Fundamente des monarchischen Staates, die legitimen Rechte der Fürsten sowohl, als deren Treue in Festhaltung der den Völkern in Bezug auf Religion, Sprache und Sitten gegebenen Garantien nur noch vom Centrum voll und ganz geschützt werden, so muß umsomehr der Katholik es sich sagen,

daß er unter den zur Zeit herrschenden Umständen außerhalb des Centrums es ebenso wenig vermag, für die Rechte seiner Kirche zu wirken, als die socialen und wirthschaftlichen Reformen, die ja auch nicht in Loslösung vom Christenthume gedacht werden können, zu fördern. Dazu kommt, daß in Folge vielfacher protestantischer Aspirationen es für die Katholiken zur Gewissenspflicht und Ehrensache geworden ist, sich zu sammeln und zu einigen. Wollen, wie es leider immer sichtlich hervortritt, die Protestanten im Reiche zwischen sich und den Katholiken auch „politische“ Gegensätze markiren, so haben wir dadurch zu antworten, daß wir uns erst recht bei allen Gelegenheiten als Katholiken fühlen und bemerkbar machen. — — — — —

Der **praktische** Ausdruck eines solchen Willens und Handelns kann aber nur in einer gemeinsamen Thätigkeit gefunden werden, und diese wird am besten und sichersten durch die Partei-Organisation bestimmt und geleitet. — — — — —

Wie die Dinge **gegenwärtig** liegen, kann es keinen Katholiken, wenn er am öffentlichen Leben sich betheiligen will, außerhalb des Centrums geben, mag er nun seine Thätigkeit für diese Partei im Parlamente, in der Presse oder im sonstigen Vereinsleben zur Geltung bringen.

Deshalb erkläre ich auch hier öffentlich, daß ich von jetzt ab dem Centrum angehören werde und mich rückhaltlos in den Dienst einer Partei stelle, die allein noch den Muth hat, geschlossen und consequent die religiösen und conservativen Prinzipien gegen die Revolution von Oben und Unten zu vertheidigen.

Laudenbach, den 14. Juni 1885.

---

# Inhalt.

Vorwort . . . . .	Seite 3
-------------------	------------

## I. Abschnitt.

An die Adresse der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und ihrer Hinter- männer . . . . .	5
--	---

## II. Abschnitt.

Die Declaranten der fünfziger und sebziger Jahre . . . . .	20
--	----

## III. Abschnitt.

Die Kritik der „Post“ und meine Antwort . . . . .	49
---	----

Schlusswort . . . . .	59
-----------------------	----



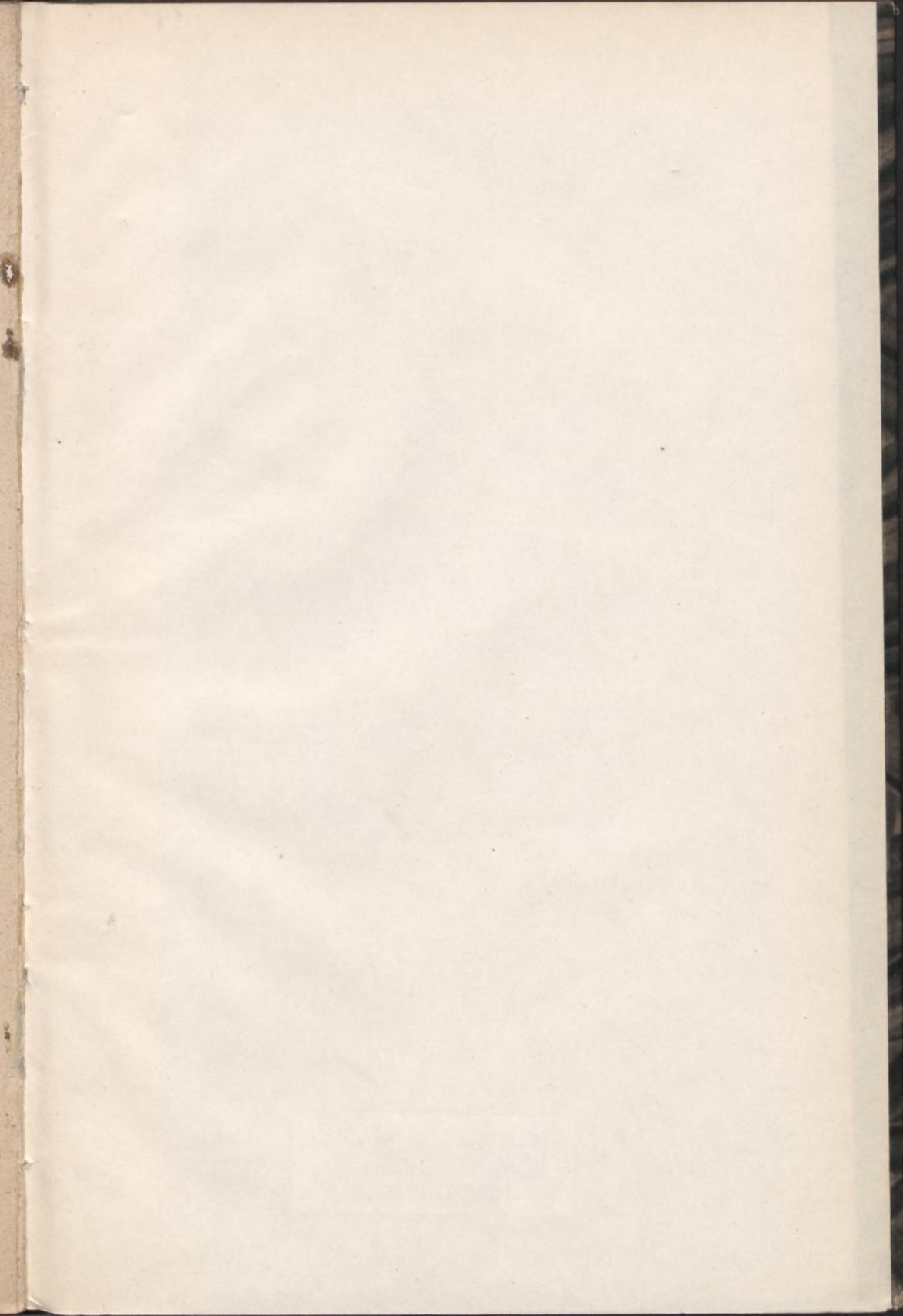
Erklärung . . . . .	64
---------------------	----

76091

Biblioteka Główna UMK



300052336210



# Inhalt

Einleitung

## I. Inhalt

Die Bedeutung der „Zentralen Bibliothek“ für den Lesenden

## II. Inhalt

Die Bedeutung der „Zentralen Bibliothek“ für den Lesenden

## III. Inhalt

Die Bedeutung der „Zentralen Bibliothek“ für den Lesenden

Zusammenfassung

Schlusswort

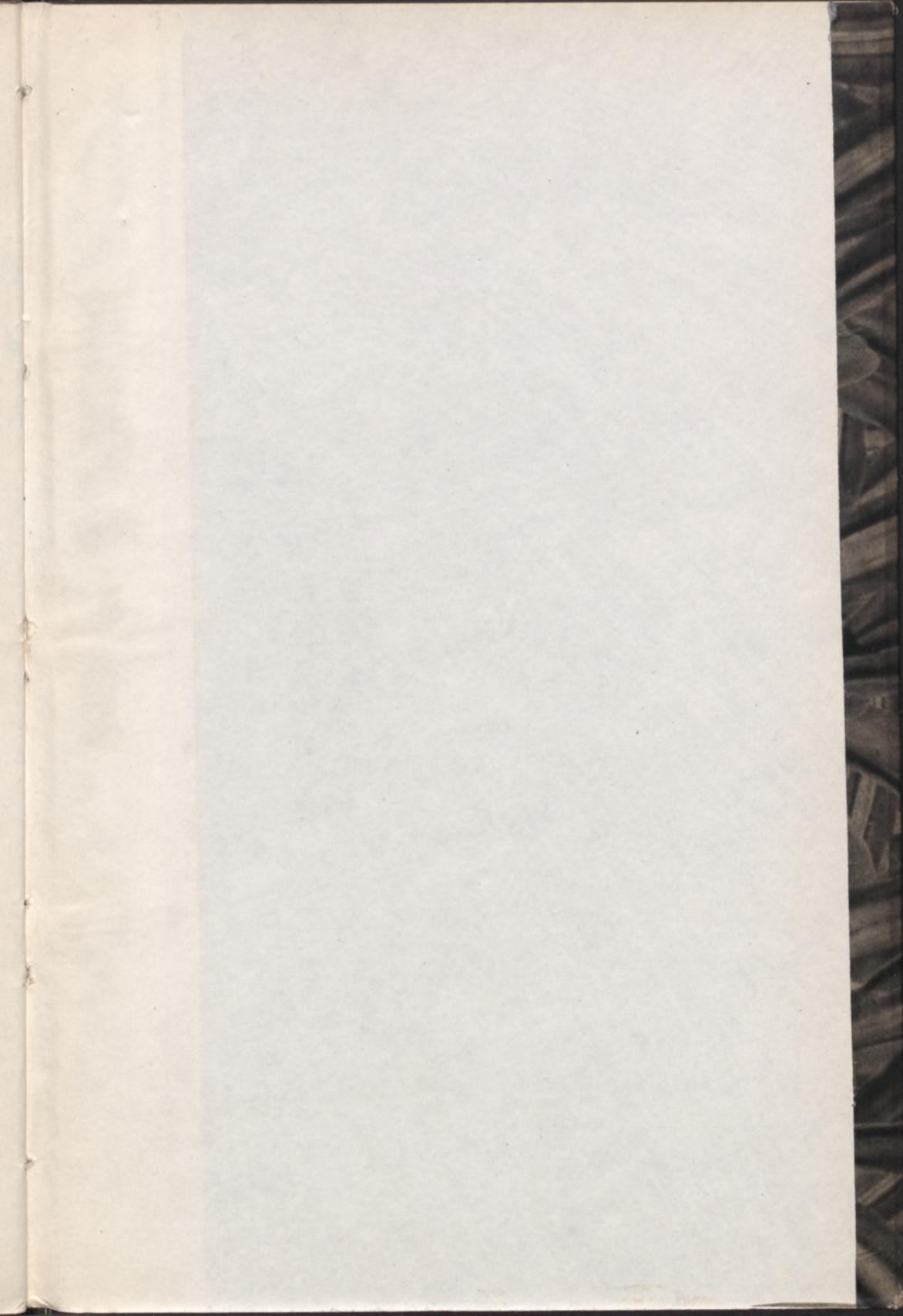


Bibliothek Główna UMK



300052336210

300052336210



Biblioteka  
U. M. K.  
Toruń

78091

